



Stiftung
Asienhaus



philippinenbüro e.V.
im Asienhaus



Stiftung Asienhaus und philippinenbüro e.V.

Monolog oder Dialog? Perspektiven auf Entwicklung und Zusammenarbeit, Eurozentrismus und Solidarität

Impressum

Titel:

Monolog oder Dialog?
Perspektiven auf Entwicklung und
Zusammenarbeit, Eurozentrismus
und Solidarität

Herausgegeben von:

Stiftung Asienhaus und
philippinenbüro e. V.
Hohenzollernring 52
50672 Köln
Tel.: +49-(0)221-71 61 21-0
Fax: +49-(0)221-71 61 21-10
www.asienhaus.de
asienhaus@asienhaus.de;
philippinenbuero@asienhaus.de

Redaktion:

Raphael Göpel, Joanna Klabisch, Majid
Lenz, Mirjam Overhoff, Monika Schli-
cher, Christian Straube, Hannah Wolf

Die Herausgeber:innen sind für den
Inhalt allein verantwortlich.

Titelillustration:

© Andrea Wong, www.andreawong.de

Konzeption und Gestaltung:

Zaadstra Design
(www.zaadstra.design)

© Stiftung Asienhaus und
philippinenbüro e. V., Dezember 2021

Dieses Werk steht unter der Creative
Commons Lizenz CC BY-SA 4.0
Der Text der Lizenz ist unter [http://
creativecommons.org/licenses/by-
sa/4.0/de/legalcode](http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/de/legalcode) abrufbar.

ISBN 978-3-933341-88-4

Diese Broschüre wurde mit finanzieller
Unterstützung durch ENGAGEMENT
GLOBAL im Auftrag des Bundesminis-
teriums für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit und Entwicklung sowie MISEREOR
und Brot für die Welt erstellt. Die darin
vertretenen Meinungen geben aus-
schließlich die Positionen der Autor:in-
nen wieder

Engagement Global im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

MISEREOR
IHR HILFSWERK

Brot mit Mitteln des
für die Welt Kirchlichen
Entwicklungsdienstes

Inhalt

Editorial	4
Die Auseinandersetzung mit kolonialen Kontinuitäten in der Entwicklungszusammenarbeit Von Dirk Saam und Felicitas Qualmann	5
Dekolonisierung und der lange Weg von der Wohltätigkeit zur Solidarität Von Eric D. U. Gutierrez	10
Weißer Räume aufbrechen: Kritisches Weißsein und Solidarität Von Gita Herrmann und Dominik Hofzumahaus	18
Landnutzung: das Dogma des Privateigentums Von Roman Herre	23
Ziviler Ungehorsam in Myanmar braucht internationale Solidarität Von Kay Yang	28
Kulturelle Dekolonialisierung für eine gleichberechtigte Entwicklung Von Ade Tanesia Pandjaitan	33
Über antiasiaten Rassismus in Deutschland sprechen Von Alena Höfer	39
Diaspora Organisationen und deutsche Entwicklungszusammenarbeit Interview von Hannah Wolf mit Emmalyn Liwag-Kotte	42
Eindrücke vom 9. Asientag	46



Die Machthierarchien in Entwicklung und Zusammenarbeit haben ihre Wurzeln in der ‚zivilisatorischen‘ Mission der Kolonialzeit, welche bereits seit dem ersten Auftreten von Aktivist:innen und dekolonialen Bewegungen kritisiert wird. Seit Jahrhunderten verfolgt der Globale Norden seine ganz eigenen Interessen durch ‚Entwicklungszusammenarbeit‘. Laut Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist die deutsche Entwicklungszusammenarbeit als freiheitliche Aufgabe definiert. Sie soll den Menschen im Globalen Süden ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben ohne materielle Not ermöglichen, Armut beseitigen sowie Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie fördern.

Die entwicklungspolitische Arbeit von deutschen Nichtregierungsorganisationen zu den Ländern Asiens ist von der kolonialen Vergangenheit, den Widerstands- und Befreiungskämpfen der Gesellschaften Asiens sowie der Kontinuität politischer und wirtschaftlicher Dominanzstrukturen in der post-kolonialen Gegenwart geprägt. Lange schon streben Nichtregierungsorganisationen und andere Akteur:innen der staatlichen und nicht-staatlichen Entwicklungszusammenarbeit nach mehr Gleichberechtigung, nach einer Kommunikation und Kooperation auf Augenhöhe. Ein grundsätzlicher Wandel blieb jedoch bisher aus.

Wie ist eine Gleichberechtigung in der praktischen Zusammenarbeit unter dem Einfluss bestehender politischer und wirtschaftlicher Machthierarchien möglich? An welchen Stellen stehen uns koloniale Kontinuitäten und Dominanzstrukturen in Nord-Süd und Süd-Nord Beziehungen im Weg zum Verbündetsein? Wie können die in Bildern, Überzeugungen und Praktiken nachwirkenden Gewaltstrukturen der Kolonialzeit kritisch reflektiert und im Rahmen einer neuen Zusammenarbeit transformiert werden? Wie kann internationale Solidarität durch Räume für Stimmen aus dem Globalen Süden oder aus den asiatischen Diaspora in Deutschland neu gedacht werden? Welche Rolle spielt dabei Rassismus und Kritisches Weißsein?

Wir, Engagierte in der Zivilgesellschaft und in Organisationen, sind gefordert in unserer Arbeit ein Umdenken zu fördern. Ebenso wie auf dem 9. Asientag im November 2021 haben wir in der vorliegenden Broschüre Länderperspektiven aus Asien und Europa zusammentragen. Wir wollen zu einem kritischen Blick auf die eigene ‚entwicklungspolitische‘ Position einladen, um eurozentristische Perspektiven zu reflektieren und Machtverhältnisse aufzubrechen. Auch viele andere Akteur:innen in der Entwicklungszusammenarbeit tun dies derzeit, daher war die Suche nach Autor:innen für Beiträge zu unserer Broschüre sehr herausfordernd. Wir freuen uns, dass wir dennoch eine spannende Sammlung zusammenstellen konnten.

Wir wünschen allen Leser:innen eine informative Lektüre und danken allen, die diese Sammlung möglich gemacht haben.

*Mirjam Overhoff, philippinenbüro e.V.
Monika Schlicher, Stiftung Asienhaus*

Die Auseinandersetzung mit kolonialen Kontinuitäten in der Entwicklungszusammenarbeit

Von Dirk Saam und Felicitas Qualmann

NETZ ist eine Menschenrechtsorganisation mit Mitarbeitenden aus Bangladesch und Deutschland, die vornehmlich in diesen beiden Ländern arbeitet. Eines dieser Länder wurde kolonisiert, das andere Land hat kolonisiert. Heute noch gibt es koloniale Kontinuitäten, die gesellschaftliches Zusammenleben sowie ökonomische und politische Rahmenbedingungen sowohl in Bangladesch und Deutschland als auch zwischen den beiden Ländern prägen. Auch wenn Organisationen wie NETZ sich dieser historisch gewachsenen Strukturen bewusst sind, laufen sie Gefahr, koloniale Strukturen und Bilder zu reproduzieren. Bisherige Überlegungen und Prozesse der Dekolonisierung in der Entwicklungs- und Menschenrechtsarbeit stellt dieser Beitrag zur Diskussion.

Im Rahmen nichtstaatlicher Entwicklungszusammenarbeit hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Armut zum größten Teil durch den Menschen verursacht ist und Machtstrukturen verantwortlich zu machen sind. Daher setzen viele Programme darauf, lokale Machtstrukturen in den Ländern des Globalen Südens, bestehend aus Politik, Wirtschaft, Militär und Polizei sowie lokalen Eliten, die durch Landraub und Ressourcenausbeutung Menschen in Armut treiben, durch zivilgesellschaftliche Strukturen herauszufordern und aufzubrechen.

Zahlreiche Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen, die in der Projektarbeit im Globalen Süden tätig sind, schauen hauptsächlich in die Länder des Südens und analysieren, wie den lokalen Herausforderungen begegnet werden kann. Selten thematisieren sie gleichzeitig globale Macht- und Ungerechtigkeitsstrukturen und machen diese nur vereinzelt zum Ausgangspunkt ihrer Arbeit. Dabei sind diese Strukturen unter anderem eine direkte Folge des Kolonialismus und bieten wichtige Erklärungen, zum Beispiel für die globale Verteilung von Reichtum und Armut. Die Länder des Globalen Nordens profitieren bis heute von der Ausbeutung von Ressourcen und Arbeitskräften ehe-

mals kolonisierter Länder wie Bangladesch. Die Ursachen von Armut sind dabei komplex und multidimensional, koloniale Kontinuitäten spielen dabei eine wichtige Rolle.

Zerstörung von Ökonomien im Globalen Süden

Trotz *Post-Development*-Ansätzen besteht im Entwicklungsdiskurs auch heute noch das dominierende Bild eines ‚entwickelten‘ Globalen Nordens gegenüber einem ‚weniger entwickelten‘ und ‚rückständigen‘ Globalen Süden. Basierend auf dieser Einteilung wird angenommen, dass der Globale Süden die ‚Entwicklung‘ des Globalen Nordens aufholen sollte und der Norden in diesem Prozess als Vorbild fungiert. Diese Einteilung der Welt ist auf kolonial-rassistische Weltbilder zurückzuführen. Um die koloniale Vorgehensweise europäischer Staaten vor allem in Asien und Afrika zu legitimieren, wurden kolonisierte Gesellschaften als ‚unzivilisiert‘ und ‚rückständig‘ gegenüber den ‚zivilisierten‘ kolonisierenden Gesellschaften konstruiert.

Die Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit Europas legt wichtige Ursachen für die heutigen globalen Machtstrukturen offen. Einer der Hauptgründe für Spaniens, Frankreichs, Englands oder Deutschlands heutigen Status als ‚Global Player‘ sind in der kolonialen Expansion zu finden und fußen auf der Ausbeutung der Länder des Globalen Südens. Kolonialmächte haben vielfältige und komplexe Gesellschaftsformen gewaltvoll und nachhaltig verändert, Gesellschaften gespalten und Menschen in ihre Abhängigkeit getrieben. Weiterhin haben sie funktionierende regionale Wirtschaftssysteme zerstört und zur eigenen Gewinnmaximierung umfunktioniert.

So existierten beispielsweise schon vor der Zeit Britisch-Indiens komplexe Handelsstrukturen im südasiatischen und arabischen Raum, die durch europäische Handelskompanien tiefgreifend und zum Nachteil der südasia-



Sidhu und Kanhu, Statue von Bishnu Pado Rai in Dinajpur, Bangladesch. In den Jahren 1855 und 1856 hatten rund 10.000 Angehörige einer indigenen Gruppe im heutigen Gebiet der indischen Bundesstaaten Jharkhand und Westbengalen gegen die britische Kolonialmacht und das korrupte Landbesitzsystem rebelliert. Die Brüder Sidhu Murmu und Kanhu Murmu waren die Anführer des Aufstands, der vom britischen Militär mit brutaler Gewalt beendet wurde. (Foto: Peter Dietzel)

tischen Region verändert wurden. Dazu gehört, dass das handwerkliche Gewerbe, das jahrhundertlang den Welthandel angetrieben hatte, an Relevanz verlor und die Region zum Rohstoffexporteur degradiert wurde. Hungersnöte waren Folge dieses Umstrukturierungsprozesses. Der Blick in die koloniale Vergangenheit offenbart eine beschleunigte Zwangsintegration des Südens in ein globales kapitalistisches Wirtschaftssystem. Dieses spiegelt sich in der Privatisierung von vormaligen Gemeingütern und der Zerstörung von kooperativem und kollektivem Arbeiten wider und schuf so die Grundlage für die Kolonialmächte, zu ökonomischen, politischen und militärischen Schwergewichten aufzusteigen.

Die grobe Aufteilung in einen reichen Globalen Norden und einen armen Globalen Süden sowie die Festsetzung der weltweiten Handelspraktiken ist eine Kontinuität des Kolonialismus und eine zentrale Ursache für globale Armut. Während der Kolonialzeit wurden somit gesellschaftliche, politische, ökonomische und kulturelle Machtstrukturen etabliert, die unsere Gesellschaften bis heute durchziehen und von denen der Globale Norden bis heute profitiert.

Eingriffe in gesellschaftliche Strukturen prägen das Heute

Die britische Kolonialherrschaft sowie die Zusammenarbeit der Kolonialmächte mit Eliten in den kolonisierten Ländern Südasiens zur Beherrschung der jeweiligen Gesellschaften und die daraus resultierende Verfestigung von Machtpositionen prägen bis heute gesellschaftliche Hierarchisierungen und durchdringen das Zusammenleben. Beispiele für solche Strukturen sind Regularien zur Festlegung von Landbesitz sowie die Einführung von Pachtssystemen zugunsten von Kolonisator:innen. Die Kolonialmächte haben auch die Landwirtschaft durch Repression der lokalen Bevölkerung nach ihren Bedürfnissen ausgerichtet. Damit zerstörten sie einheimische Sorten und bauten Agrarprodukte an, die ihnen dienten, die aber für die lokale Bevölkerung wenig Nutzen boten. Als koloniale Kontinuität lässt sich heute die ausgedehnte Aneignung von Land durch transnationale Großkonzerne und Staaten benennen, einhergehend mit Landvertreibungen und -enteignungen strukturell benachteiligter Gruppen.

Hierarchisch strukturierte Gesellschaften wie beispielsweise im ehemaligen Britisch-Indien, die sich in patriarchalen Strukturen oder dem Kastensystem offenbaren, sind geprägt durch Interventionen der Kolonialmächte. Das Kastensystem war schon vor der Kolonialzeit etabliert und von Macht und Diskriminierung durchzogen. Die Kolonialmächte waren zwar nicht in der Lage, das komplexe Bedeutungssystem der südasiatischen Gesellschaften zu erfassen, doch waren sie als dominierende Akteur:innen dazu befähigt, kursierende gesellschaftliche Kodierungen sowie Interpretations- und Deutungsansätze zu nutzen, um die kolonisierte Gesellschaft nach ihren Vorstellungen zu strukturieren und zu kontrollieren. Wichtig ist hierbei zu benennen, dass es um Strukturen geht, die durch die Kolonialmächte zur Ausübung von Macht geprägt und konstruiert wurden.

Es besteht noch immer die Gefahr, dass in der Entwicklungszusammenarbeit das Bild von ahistorischen, ‚traditionellen‘ und religiösen Gesellschaften herangezogen wird, um z.B. patriarchale Strukturen und Diskriminierung zu erklären. Diese Betrachtung erfasst nicht die historisch gewachsene Komplexität von Gesellschaften des Globalen Südens sowie die Verwobenheit der Geschichte des Globalen Nordens mit der des Globalen Südens.

Entwicklungspolitik weiter begreifen

‚Unterentwickelt‘, ‚rückständig‘ oder ‚ungebildet‘ sind Zuschreibungen, die zwar im Verlauf der Zeit diskursiv angepasst wurden (z.B. von ‚unzivilisiert‘ zu ‚unterentwickelt‘), die aber noch immer auf die kolonialrassistische Zuschreibung und Dualität der ‚zivilisierten‘ Kolonialmächte und ‚unzivilisierten‘ Kolonisierten zurückgehen. Länder oder Menschen im Süden können nicht mit solchen Begriffen markiert werden, im Wissen, dass die Kolonialzeit und deren heute noch sichtbaren Strukturen für die ungleiche Verteilung von Wohlstand mit verantwortlich sind und diese aufrecht erhalten. Die Ausbeutung von Textilarbeiter:innen in Südasien, von Kaffeeplantagenarbeiter:innen in Mittel- und Südamerika, von Arbeiter:innen in Kobalt-Minen in Afrika, die globalen Landvertreibungen durch transnationale Konzerne aus dem Norden oder Agrarexportsubventionen zu Lasten des Südens sind nur einige der vielen kolonialen Kontinuitäten.

Zivilgesellschaftliche Akteur:innen in Ländern des Globalen Südens und in Bangladesch leisten auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene starke Arbeit, wenn es darum geht, Rechte einzufordern und gegenüber ihren jeweiligen Regierungen und multilateralen Institutionen als Kontrollinstanz aufzutreten. Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern des Südens bedeutet, die Spielregeln des globalen Zusammenseins zu ändern und beinhaltet das Verständnis, dass Armut kein isoliertes Problem der

Menschen im Globalen Süden ist, dem vornehmlich mit Projekten zur Schaffung von Einkommen und zur Bildung begegnet werden kann. Armutsbekämpfung in Bangladesch zu betreiben ist wichtig, und im Fokus sollten diesbezüglich die Forderungen der strukturell benachteiligten Gesellschaft stehen. Verarmungen durch Landvertreibung aufgrund von Großinvestitionen in Bangladesch, an denen auch ausländische Staaten und Privatunternehmen beteiligt sind, unterwandern jedoch regelmäßig Maßnahmen zur Armutsbekämpfung. An den globalen Machtstrukturen, die eine solche Praxis ermöglichen – und die auch weiterhin ursächlich für globale Armut sind – rütteln zu wenige. Hervorzuheben ist die wichtige Rolle und Relevanz von Plattformen wie dem Weltsozialforum sowie von international agierenden herrschafts- und globalisierungskritischen Bewegungen und Netzwerken.

Kontinuierliche Überprüfung und Weiterentwicklung eigener Strukturen

Die Organisation NETZ unterstützt mit emanzipatorischen Ansätzen die Selbstbestimmung strukturell benachteiligter Bevölkerungsgruppen in Bangladesch. Das bedeutet für NETZ, eine Kooperation zwischen Menschen und Gruppen in Deutschland und Bangladesch zu gestalten, die geprägt ist durch gleichberechtigten Dialog, Solidarität, Verantwortungsbewusstsein, Respekt und eine dezidierte Orientierung an den Rechten strukturell benachteiligter Bevölkerungsgruppen.

Menschenrechts- und Entwicklungsprojekte werden von Partnerorganisationen gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort entwickelt und in gemeinsamer Verantwortung durchgeführt. Die Menschen, um deren Empowerment es geht, partizipieren selber aktiv in der Projektvorbereitungs-, -durchführungs- und bewertungsphase. Darstellungen von Bangladesch in der deutschsprachigen Öffentlichkeit oder im Rahmen unserer Advocacy-Arbeit, bei der die lokalen Stimmen auf die nationale Ebene und Stimmen aus Bangladesch nach Europa gebracht werden, sollen dieses Partnerschaftsbewusstsein reflektieren. Mit diesem Verständnis hat NETZ auch seine gegenwärtige Strategie in einem partizipativen Prozess mit der Bevölkerung im Norden des Landes, lokalen Partner:innen und Akteur:innen der Zivilgesellschaft Bangladeschs erarbeitet.

NETZ ist sich bewusst, dass es im Rahmen der Projektzusammenarbeit mit Bangladesch in einem System agiert, das zum Teil koloniale Kontinuitäten reproduziert und dem eigenen Partnerschaftsverständnis entgegenläuft. Deshalb ist es wichtig, keine Kooperation mit potentiellen Geldgeber:innen einzugehen, die die Selbstbestimmung lokaler Partner:innen oder der Bevölkerung einschränken. Als selbstreflektierende Organisation überprüft NETZ



Widerstand gegen die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und Landwegnahme in Bangladesch, an denen auch ausländische Staaten und Privatunternehmen beteiligt sind. Hier ein Protestmarsch gegen ein Projekt zur Kohleförderung. (Foto: Taslima Akther)

regelmäßig, ob sie ihren Ansprüchen gerecht wird. Im Rahmen der Sensibilisierung für koloniale Kontinuitäten bedeutet dies, zu reflektieren, inwieweit NETZ sich zum Beispiel im Rahmen der internationalen Finanzierung von Projekten in Bangladesch zu sehr an den entwicklungs-politischen Markt und dessen Machtstrukturen angepasst hat. Wurde gegebenenfalls zu sehr den Vorgaben internationaler Geldgeber:innen nachgekommen, und haben dadurch Ideen und Initiativen aus Bangladesch unzureichend Eingang in Projekte gefunden? Zudem überprüft NETZ vor dem Hintergrund kolonialer Kontinuitäten, inwieweit verwendete Darstellungen von Bangladesch in Deutschland und Europa dem eigenen Partnerschaftsverständnis widersprechen und wie dem begegnet werden kann.

Das Bewusstsein für bestehende globale Machtstrukturen und deren historische Herleitung sind für NETZ verstärkt Bestandteil des Selbstverständnisses, im Rahmen dessen Entwicklungszusammenarbeit betrieben wird. Dazu gehört, sich kontinuierlich globale Ungerechtigkeitsstrukturen und deren Auswirkungen auf Menschenrechte und Armut weltweit bewusst zu machen, sich zu positionieren

und diese zu bekämpfen. Die weitere Auseinandersetzung mit und die Durchbrechung von kolonialen Kontinuitäten beinhaltet unter anderem die Weiterentwicklung des Partnerschaftsverständnisses entlang machtkritischer Richtlinien. Dazu gehören auch die Überprüfung der Inhalte und Methoden, mit denen entwicklungs-politische Bildungsarbeit in Deutschland geleistet, der Freiwilligendienst umgesetzt und der Dialog mit politischen Entscheidungsträger:innen in Europa geführt wird. Zudem gilt es, die Spendenwerbung und Öffentlichkeitsarbeit kontinuierlich auf kolonialrassistische Zuschreibungen hin zu überprüfen. Für alle Arbeitsbereiche ist die Verwendung rassistischer Darstellungen zentral, die keine kolonialen Strukturen und Stereotype reproduzieren.

Überprüfung von sprachlichen und bildlichen Darstellungen in allen Arbeitsbereichen

Da Menschen im Globalen Süden sowie Schwarze Menschen und *People of Color*, die im Globalen Norden leben, von

der hiesigen *weißen* Mehrheitsgesellschaft heute noch mit Vorurteilen und Rassismen diskriminiert werden, sieht es NETZ als Aufgabe an, mit Bildern und Sprache solche Stereotype nicht zu reproduzieren. Häufig werden Menschen aus dem Globalen Süden sowie Schwarze Menschen und *People of Color* mit rassistischen Zuschreibungen markiert, die ihren Ursprung in der Kolonialzeit haben. Auch Entwicklungsorganisationen greifen auf diese Bilder zurück, um Menschen dazu zu bringen, für die ‚unterentwickelten‘ Projektteilnehmenden zu spenden. Ein kaum erträgliches Spannungsfeld für Organisationen wie NETZ, mit Sprache und Bildern für Engagement und Spenden zu werben, um Menschen in Bangladesch zu unterstützen, damit aber gleichzeitig Gefahr zu laufen, kolonial-rassistische Machtstrukturen zu reproduzieren und somit Vorurteile in deutschsprachigen Gesellschaften zu perpetuieren.

NETZ hat in den vergangenen Jahren gelernt, für solche problematischen Repräsentationen sensibel zu sein: Dies ist sehr komplex, denn wann ist beispielsweise eine Darstellung von Lebenssituationen in Bangladesch etwas Deskriptives und als Information für Interessierte relevant und wann ist es eine Reproduktion kolonialer Bilder? Ist es deskriptiv, die Häuser von Menschen in Bangladesch als ‚Hütten‘ zu benennen, in denen Frauen auf Lehmböden sitzen? Und inwieweit kann dies bei den Lesenden dazu beitragen, stereotype Bilder von Bangladesch zu bestätigen? Obwohl diese Häuser und der Lehmbooden in Bangladesch nicht notwendigerweise Armut bedeuten, werden sie von den Lesenden meist in dieser Kategorie eingeordnet und darauf reduziert. In der *weißen* Mehrheitsgesellschaft ist der Impuls verbreitet, das Haus und den Lehmbooden mit Häusern und gefliesten oder mit Teppich bedeckten Böden zu vergleichen und somit die eigene Lebenssituation als Norm und als ‚entwickelt‘ zu begreifen. Diese wertende und zugleich herabsetzende Gegenüberstellung ist auch durch die Öffentlichkeitsarbeit vieler EZ-Organisationen zu verantworten. Immer wieder wird z.B. in Spendenwerbungen, die Verknüpfung zwischen Armut und Lebenssituationen im Globalen Süden geschaffen und dieser zugleich darauf reduziert. Damit haben EZ-Organisationen wie auch NETZ zu einer Markierung des Globalen Südens als ‚anders‘ beigetragen und eine Abgrenzung des als ‚modernen‘, ‚entwickelten‘, ‚wissenden‘ oder ‚kultivierten‘ konstruierten Globalen Nordens reproduziert.

In der Entwicklungszusammenarbeit existieren beispielsweise unzählige Bilder, die *weiße* Mitarbeitende oder Projektbesucher:innen aktiv und erklärend im Zentrum eines Fotos darstellen, während die Projektteilnehmenden als passiv dargestellt werden. Damit werden die Mitarbeiter:innen aus dem Globalen Norden als die „Entwicklungs-Expert:innen“ konstruiert und somit die oben genannte Gegenüberstellung reproduziert und ein Abhängigkeitsverhältnis suggeriert, welches an die Kolonialzeit erinnert. Insgesamt zeigen diese Beispiele auch, dass Bil-

der oder Texte nie rein deskriptiv sind bzw. ein Abbild der ‚Realität‘ zeigen. Durch die Verwendung von Bildern und Texten werden gleichzeitig machtvolle Zuschreibungen verhandelt und festgeschrieben.

Weitere Schritte

Es ist ein wichtiges Anliegen von NETZ, über alle Medien und in allen Arbeitsbereichen ein komplexes gesellschaftliches Bild von Bangladesch jenseits von Stereotypen zu zeichnen, authentische Stimmen aus Bangladesch zu Wort kommen zu lassen und marginalisierte Themen in den Vordergrund zu bringen. Wir werden uns weiter selbstkritisch in einem kontinuierlichen Reflexionsprozess mit den Themen dieses Textes beschäftigen, zum Beispiel in Fortbildungen und Arbeitstreffen. Wir machen diesen Prozess transparent, um weiter zu sensibilisieren und gemeinsam mit anderen Organisationen zu lernen und Veränderungen zu gestalten.

Die Autor:innen

Dirk Saam arbeitet seit 2005 zu entwicklungs- und menschenrechtspolitischen Themen in Bangladesch und ist Leiter politischer Dialog bei NETZ.

Felicitas Qualmann arbeitet an der Akkon-Hochschule für Humanwissenschaften in Berlin im Fachbereich Soziale Arbeit und war von 2012-2018 Vorstandsmitglied bei NETZ.

Dekolonisierung und der lange Weg von der Wohltätigkeit zur Solidarität

Von Eric D. U. Gutierrez

Verläuft internationale Entwicklungszusammenarbeit vertikal oder horizontal? Geht es um Wohltätigkeit oder um Solidarität? Die Debatte wird seit Jahrzehnten kontrovers geführt und bleibt doch weiterhin aktuell. Es erfordert Sensibilität, gutes Zuhören und ein wachsaues Auge, um die Zwischentöne zu hören und um die Zusammenarbeit von Akteur:innen im Globalen Norden und im Globalen Süden in Solidarität umzuwandeln.

Unter den internationalen humanitären NGOs gab es einmal eine Debatte über Wohltätigkeit und Solidarität. Ich vertrat mit Nachdruck den Standpunkt des uruguayischen Schriftstellers Eduardo Galeano, der sagte: „Ich glaube nicht an Wohltätigkeit. Ich glaube an die Solidarität. Die Wohltätigkeit ist so vertikal. Sie geht von oben nach unten. Solidarität ist horizontal. Sie respektiert die andere Person.“¹

Dennoch war ich unruhig. Zwar verläuft Wohltätigkeit tatsächlich vertikal, aber ich hielt es für einen Fehler anzunehmen, dass es nur eine einzige Version davon gibt. Oft habe ich eine andere, viel weniger sichtbare Version gesehen, in der die Wohltätigkeit ein Sprungbrett oder ein Pool war, aus dem Solidarität entstand und gelernt werden konnte.

Solidarität statt Held:inentum

Im August 2019 wurde die Intensität dieser Debatte erneut deutlich, als die Schiffskapitänin Pia Klemp die von der Stadt Paris für Tapferkeit verliehene Grand Vermeil Medaille ablehnte. Klemp leitete 2017–2018 Einsätze zur Rettung von Geflüchteten, die auf gefährliche Weise versuchten, das Mittelmeer zu überqueren. In Italien wurde sie zusammen mit neun weiteren Personen wegen Beihilfe zur illegalen Migration und Zusammenarbeit mit Menschenschmuggler:innen angeklagt.

Als sie den Preis ablehnte, erklärte Klemp: „Ich bin keine humanitäre Helfer:in, ich bin nicht da, um zu ‚helfen‘. Ich stehe in Solidarität. Wir brauchen keine Behörden, die darüber entscheiden, wer ein:e ‚Held:in‘ und wer ein:e ‚Illegale:r‘ ist.“² Sie kritisierte auch die Doppelmoral der Auszeichnung von Behörden, die Migrant:innen zwingen, auf der Straße zu leben, und die diejenigen kriminalisieren, die sich für die Rechte von Migrant:innen einsetzen.

Klemps Weigerung ist außergewöhnlich, denn die Medaille hätte sie nicht nur vor der Stigmatisierung als Kriminelle durch die italienischen Behörden schützen können, sondern auch vor den Anklagen vor Gericht. Noch wichtiger ist, dass sie betonte, sie sei nicht dort gewesen, um zu ‚helfen‘. Definitionsgemäß kann ein:e Retter:in nur aus einer sichereren Position heraus retten – ein:e Rettungsschwimmer:in muss stärker oder besser ausgebildet sein, um einer ertrinkenden Person zu helfen, sonst könnten beide ertrinken. Doch hier war eine Retter:in aus dem wirklichen Leben, die nicht ‚hilft‘, sondern sich stattdessen solidarisch verhält, auch wenn sie dafür einen potenziellen Schutz in Kämpfen verliert, die sie gewinnen muss.

Es stellt sich die Frage: Wann verwandelt sich die humanitäre Hilfe bzw. der Akt der Rettung oder der Bereitstellung von Hilfe oder Unterstützung zur Linderung von Leiden aufgrund von Katastrophen, Konflikten oder sogar Verfolgung von Wohltätigkeit in Solidarität?

Humanitäre Hilfe, Neutralität und Entwicklungszusammenarbeit

Humanitäre Hilfe wird in der Regel mit der Arbeit der *Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Organisationen* (IFRC) oder von *Ärzte ohne Grenzen* (MSF) in Verbindung gebracht, die auf Notsituationen reagieren, die das Leben und das Wohlergehen von Menschen bedrohen. Es gibt auch viele religiöse Organisationen mit humanitären



Schiffkapitänin Pia Klemp setzt sich gegen die Illegalisierung und Kriminalisierung von Migrant:innen ein. (Foto: ekvidi auf Flickr. CC BY-NC 2.0)

Wurzeln, wie *Christian Aid*, 1945 gegründet um die durch den Zweiten Weltkrieg vertriebenen Geflüchteten in Westeuropa zu unterstützen und Brot für die Welt, 1959 gegründet um Hilfe für die Hungersnot in Indien zu mobilisieren. Heute haben sich diese Organisationen zu Multi-Mandats-Organisationen wie *Mercy Corps*, *Caritas Internationalis*, *Oxfam International* oder *Welthungerhilfe* entwickelt, die ihre Aufgaben über den humanitären Bereich hinaus auf den Wiederaufbau, die Entwicklungshilfe und die „Unterstützung der Menschen beim Aufbau sicherer, produktiver und gerechter Gemeinschaften“ ausgedehnt haben.

Im Laufe der Jahre stellte sich die Frage, was eine gute humanitäre Hilfe ausmacht. Eine zentrale Debatte drehte sich um den Grundsatz der Neutralität, der als wesentlich angesehen wird, damit Hilfsorganisationen darauf vertrauen können, dass sie in Konflikten nicht Partei ergreifen oder bei ihren humanitären Einsätzen eine politische Agenda verfolgen. Dies wurde noch komplizierter, als die Hilfsorganisationen zunehmend zu der Einsicht gelangten, dass humanitäre Hilfe am besten mit Zielen der Entwicklung und der Friedenskonsolidierung einhergeht.

In den frühen 1990er Jahren wurden humanitäre Interventionen noch genauer unter die Lupe genommen, vor allem in Bezug auf die Frage, wie auf Unterdrückung oder Ereignisse wie den Völkermord in Ruanda 1994, die Zwangs-

rekrutierung von Kindersoldat:innen oder das Auftauchen grenzüberschreitender bewaffneter Gruppen, die keinem einzelnen Land angehören, zu reagieren ist. Kriege waren keine Kämpfe mehr, die von zwei Seiten mit dem Ziel eines politischen oder militärischen Sieges oder der vollständigen Kontrolle eines Gebietes geführt wurden. Es gab Protagonist:innen, die nicht immer gewinnen wollten, weil sie von der Instabilität profitierten. Vielerorts führte das Ende der militarisierten Gewalt nicht zum Frieden, sondern zum Beginn anderer sozialer und vielfältigerer Formen der Gewalt, einschließlich der Kriminalität.

1994 stellte die von den USA finanzierte *State Failure Task Force* den umfassendsten Datensatz zusammen, der jemals für eine quantitative Studie über die sich verändernde Natur von Konflikten verwendet wurde. Um es kurz zu machen: Diese und andere ähnliche Studien führten zu Sicherheitsbegriffen wie „fragile“ und „gescheiterte“ Staaten. Diese Sicherheitsbegriffe bedeuteten, dass humanitäre, entwicklungspolitische und friedensfördernde Maßnahmen so gestaltet werden sollten, dass sie „drohenden Gefahren“ begegnen, die in der Regel vom Globalen Süden in Richtung Norden ausgehen. Länder, die am Rande des Zusammenbruchs standen oder schwere politische Krisen durchliefen, wurden nicht deshalb wichtig, weil sie ein humanitäres Problem darstellten, sondern weil sie eine grenzüberschreitende Bedrohung für die westliche



Die Forderung nach Dekolonisierung bleibt bestehen. (Foto: alecperkins auf Flickr. CC BY 2.0)

Sicherheit darstellten – wie Massenmigration, Ausbrüche übertragbarer Krankheiten, Umweltzerstörung oder die Schaffung von Zufluchtsorten für Terrorismus und organisierte Kriminalität. Hilfen verschiedener Arten wurden zu Instrumenten für diese Definition von Sicherheit.

Etappen des Umdenkens

Vielleicht war es ein Versuch, dieser Politisierung der Hilfe entgegenzuwirken und sicherzustellen, dass die humanitären Organisationen vor Ort vertrauenswürdig bleiben, als 1995 der Verhaltenskodex für die Rotkreuz- und Rothalbmond-Organisationen und die NGOs für Katastrophenhilfe in Umlauf gebracht wurde. Der Kodex war stark auf Neutralität ausgerichtet, betonte die Einhaltung des humanitären Völkerrechts in bewaffneten Konflikten und erklärte, dass die Gesamtplanung und Koordinierung der Hilfsmaßnahmen letztlich in der Verantwortung der Regierungen der Gastländer liege. Ein Großteil des Kodex blieb allgemein und unspezifisch.

Obwohl sich der sicherheitspolitische Ansatz insbesondere nach dem 11. September 2001 zunehmend durchsetzte, wurden auch kritische Stimmen laut. So warnte beispielsweise eine Gruppe von Wissenschaftler:innen, dass der

sicherheitspolitische Ansatz sowohl der globalen Armutsbekämpfung als auch der globalen Sicherheit schade.

Wie Professor Thea Hilhorst betont, sind Theorie und Praxis in Bezug auf die Neutralität nicht einheitlich und schließen das Eintreten für politische Standpunkte, wie das Anprangern von Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht, nicht aus. Neutralität ist also kein Allheilmittel für die Herausforderungen des Humanitarismus. Die Praxis vor Ort hat außerdem gezeigt, dass die Einbeziehung der Grundsätze der Rechenschaftspflicht, der Partnerschaft, der Partizipation und sogar der Nachhaltigkeit die Wirksamkeit und Dauerhaftigkeit humanitärer Maßnahmen erhöht.³

Während die Debatten über die Neutralität weitergingen, fanden andernorts bahnbrechende Entwicklungen statt, die offenbar ein entscheidendes Umdenken bewirkten und die Weichen für die Dekolonialisierung der Hilfe stellten. Im März 2005 verabschiedete ein hochrangiges UN-Gremium die *Pariser Erklärung über die Wirksamkeit von Hilfe*, in der fünf Grundsätze vereinbart wurden: Eigenverantwortung (Entwicklungsländer sollten ihre eigenen Strategien festlegen), Anpassung (Geberländer sollten sich an diesen Strategien orientieren), Harmonisierung (Geberländer sollten sich abstimmen, um Doppelarbeit zu vermeiden),

Messung der Ergebnisse und die gegenseitige Rechenschaftspflicht. Diese Erklärung wurde 2008 durch die *Accra Agenda for Action* bekräftigt.

Ab 2010 wurde der Begriff „Wohltätigkeit“, d.h. die freiwillige Hilfe für Bedürftige, nicht mehr verwendet und durch den Begriff „Entwicklungszusammenarbeit“ ersetzt, der austauschbar mit „Entwicklungsmaßnahmen“ und „Entwicklungshilfe“ verwendet wird. Die Wahl der Begriffe sollte nicht nur die Einhaltung der Grundsätze der Wirksamkeit der Hilfe betonen, sondern auch eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Geber:innen und Empfänger:innen widerspiegeln, die gemeinsame Ziele und Werte teilen. In einer vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) veröffentlichten Studie wird erklärt, dass der Begriff ‚Entwicklungshilfeanbieter‘ dem Begriff ‚Geber‘ vorgezogen wurde. Letzterer wurde verschmäht, weil er impliziert, dass Hilfe eine Form der Wohltätigkeit oder eine Spende ist, was sie nicht ist.⁴

Lokalisierung von humanitärer Hilfe

Im Mai 2016 haben die Vereinten Nationen, NGOs und die IFRC auf dem Weltgipfel *World Humanitarian Summit* in Istanbul den *Grand Bargain* vorgestellt, eine Vereinbarung, die darauf abzielt, „die humanitäre Hilfe so lokal wie möglich zu gestalten und gleichzeitig die wichtige Rolle der internationalen Akteur:innen anzuerkennen“.⁵ Darin wurde festgelegt, dass lokale Organisationen, die bereits vor Ort sind, am besten in der Lage sind, humanitäre Hilfe oder Entwicklungshilfe zu leisten, dass sie am besten wissen, wie man mit den komplexen Gegebenheiten vor Ort umgeht, und dass die Finanzierung sowie die Entscheidungen über die Ressourcen so lokal wie möglich sein sollten.

Die Lokalisierung steht jedoch im Widerspruch zu mindestens zwei Traditionen, die in den Organisationspraktiken der Hilfsorganisationen fest verankert sind. Erstens sträuben sich die Hilfsorganisationen gegen die Finanzierung der so genannten ‚Kernkosten‘ (z.B. Mieten für lokale Büros, Sozialversicherungsbeiträge, lokale Krankenversicherung usw.). Die Mittel fließen hauptsächlich in Programme und Operationen, während die Zuschüsse für die ‚Kernkosten‘ gekürzt werden, um gegenüber den Steuerzahler:innen und den Parlamenten zu rechtfertigen, dass die Hilfe ‚effizient‘ eingesetzt wird.

Zweitens wird die Hilfe oft von großen Organisationen verwaltet. Die Delegierung der Verwaltung und Verteilung der Hilfe an große internationale NGOs gilt als zuverlässiger, weil man davon ausgeht, dass sie über bessere Buchführungskontrollen und Sorgfaltsprüfungen verfügen. Außerdem ist es für die Mitarbeiter:innen der Geldgebenden Organisationen viel zu mühsam, direkt mit einer

Vielzahl kleiner lokaler Organisationen zu verhandeln und viele kleine Konten zu verwalten.

Das eigentliche Problem ist jedoch das Vertrauen. Trauen die Geldgebenden Organisationen oder Hilfsorganisationen den lokalen Partner:innen zu, dass sie verantwortungsbewusst und kompetent genug sind, um die erforderlichen Buchführungs- und Berichterstattungssysteme einzuhalten? Oder werden die lokalen Organisationen, die der Rhetorik zufolge ‚gleichberechtigt‘ sind, einfach dazu gebracht, sich an einseitige, von den Geber:innen auferlegte Bedingungen zu halten, bei denen es eher darum geht, die Schuld abzuwälzen, als das Risiko zu teilen, wenn etwas schief geht?

Dies sind einige der Probleme, die verhindern, dass sich die Entwicklungszusammenarbeit in Solidarität verwandelt.

Die „Verlockung des Technischen“ und Vorurteile gegenüber lokalem Wissen

Ein weiteres Problem, das die Verwirklichung einer ‚Partnerschaft auf Augenhöhe‘ verhindert, ist die Tatsache, dass die Bereitstellung von Hilfe seit langem von ‚Expert:innen‘ abhängig ist, die die Arbeit derjenigen, die über Referenzen verfügen, aufwerten, während sie die lokalen Erfahrungen und das Wissen derjenigen, die ‚von unten‘ kommen, verunglimpfen. Technische Expert:innen – in der Regel solche mit Abschlüssen oder Doktor:innentiteln westlicher Universitäten – werden selbst dann bevorzugt, wenn es sich bei den einheimischen Mitarbeiter:innen um solche handelt, die die tatsächliche Erfahrung mit dem Erleben und Überleben von Katastrophen und Konflikten haben und die die relevanten lokalen Akteur:innen kennen und ihnen bekannt sind. Wenn solche Expert:innen die Glaubwürdigkeit für sich beanspruchen, sind Ungleichheiten vorprogrammiert.

Der Politikwissenschaftler Goran Hyden erzählt, wie Expert:innen in den späten 1940er Jahren versuchten, den Baumwollanbau in Tansania einzuführen, damals ein UN-Treuhandgebiet unter britischer Kontrolle. Sie glaubten, dass eine Umstellung von Mais auf die hochwertige Baumwolle die Armut in den ländlichen Gebieten drastisch reduzieren würde. In guten Jahren wurde Mais im Überschuss produziert. Doch in schlechten Jahren kam es zu Hungersnöten, weil Mais in Dürreperioden ausfällt. Daher wurde auch der dürreresistente Maniok eingeführt, um die landwirtschaftliche Produktion zu stabilisieren. Trotz massiver Subventionen, Sensibilisierungsmaßnahmen und anderer Anreize konnten sich die beiden neuen Kulturpflanzen nicht durchsetzen. Es entstand der Eindruck, dass die tansanischen Bauern:Bäuerinnen zu langsam und

zu zaghaft waren. Sie waren ‚faul‘. Als 1949 eine schwere Hungersnot ausbrach, wurden die ‚Faulen‘ nicht mit Hilfsgütern versorgt, sondern sie wurden aufgefordert, Bargeld zu zahlen oder kostenlose Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, um die Kosten der Hungerhilfe zu kompensieren. Es war auch nicht ungewöhnlich, dass man die Bauern: Bäuerinnen als Esel beschimpfte und sie für dumm hielt.

Eine Evaluierung Jahre später ergab, so Hyden, dass die Bauern: Bäuerinnen Baumwolle ablehnten, weil sie die Ernährungssicherheit nicht mit einem Non-Food-Produkt aufs Spiel setzen wollten, das noch dazu auf Märkten verkauft werden musste, die sie nicht kannten. Maniok hingegen wurde aus verschiedenen Gründen abgelehnt, u. a. weil Maniokmehl weniger nahrhaft war als Maismehl und weil es viel mehr Arbeit erforderte, vor allem bei der Schädlingsbekämpfung. Die Bauern: Bäuerinnen waren also weder faul noch dumm. Ihr Wissen über Handelsstrukturen, landwirtschaftliche Zyklen oder den Bedarf an Arbeitskräften wurde lediglich unterschätzt, da sie nicht als ‚Expert:innen‘ angesehen wurden.

Entpolitisierung von Problemanalysen

Mehr als sechs Jahrzehnte später hält die Verherrlichung von Expert:innen, die nichts mit der Anerkennung von Wissen zu tun hat, an. Es werden nicht nur weiterhin rein technische Lösungen angewandt, sondern auch die Analysen von Armut-, Hunger- oder Konfliktproblemen werden routinemäßig entpolitisiert oder in ihrem Umfang eingeschränkt. Ein schnelles Beispiel sind die *Systematic Country Diagnostics (SCDs)* der Weltbank, die wirtschaftliche Entwicklungsprobleme untersuchen, um die Strategie und das Kreditprogramm der Bank für ein bestimmtes Land zu bestimmen. Bei meinen Nachforschungen über den illegalen Drogenanbau ist mir aufgefallen, dass in den SCDs für die wichtigsten Opium- und Kokaproduzent:innen in Afghanistan, Myanmar, Kolumbien und Bolivien zwar Themen wie Beschäftigungsniveau, Zugang zu Krediten, Demografie oder Zuverlässigkeit der Infrastruktur erörtert werden, aber kaum erwähnt wird, dass der illegale Opium- und Kokaanbau für die arme Landbevölkerung zu einem wichtigen Mittel zum Überleben geworden ist. Mit anderen Worten, es scheint, dass die komplexen, schwierigen Probleme bequemer Weise aus der Betrachtung herausgenommen wurden.⁶

In ihrem bahnbrechenden Buch aus dem Jahr 2013 bezeichneten Carothers und de Gramont eine solche Herangehensweise als das Festhalten der Hilfsorganisationen an der ‚Verlockung des Technischen‘, d. h. an der Überzeugung, dass arme Länder wirtschaftlich umgestaltet werden könnten, „indem man ihnen rechtzeitig Kapital und technisches Wissen zur Verfügung stellt und gleichzeitig eine angenehme klinische Distanz zum internen politi-

schen Leben dieser Länder wahrht“⁷ Dies führe laut den Autor:innen zu einem Missverständnis der Probleme und zur Einführung von Lösungen, die von außen konzipiert wurden und im eigenen Land keine Akzeptanz finden. Es führt dazu, dass die institutionellen Kapazitäten vor Ort nicht beachtet werden, dass lokale Impulse für Veränderungen nicht erkannt werden und dass unbeabsichtigte schädliche Folgen nicht vorhergesehen werden. Vor allem aber werden die über den wirtschaftlichen Erfolg hinausgehenden Bestrebungen der Bürger:innen, wie z. B. der Wunsch der Bevölkerung nach Würde und Selbstbestimmung, ignoriert.

Waffen der Schwachen und Alltagspolitik

Wenn die Schiffskapitänin Pia Klemp und ihre Kolleg:innen bei ihren Einsätzen im Mittelmeer nicht ‚helfen‘ wollten, was genau bedeutet dann ‚solidarisch sein‘? Und wie respektiert Solidarität, wie Galeano sagte, den:die andere:n? Eine Antwort auf beide Fragen könnte einfach darin bestehen, die Entscheidungen und Bemühungen der ‚Armen und Schwachen‘ zu unterstützen, sich selbst zu helfen.

Es ist nicht einfach, die ‚Schwachen‘ bei der Ausübung ihrer Handlungsfähigkeit zu unterstützen, denn ihr Wunsch nach Würde und Selbstbestimmung ist oft still oder unsichtbar. Die Entwicklung einer Sensibilität für die ‚Waffen der Schwachen‘ und die ‚Alltagspolitik‘, die sie hervorbringt, ist eine Möglichkeit, diese Wünsche und Bemühungen zu verstehen.

Der Begriff „Waffen der Schwachen“ wurde von dem Anthropologen James Scott auf der Grundlage seiner Feldarbeit unter Bauern: Bäuerinnen und Bergbewohner:innen⁸ in Südostasien geprägt und bezeichnet den „bäuerlichen Widerstand ohne Protest und ohne Organisation“⁹. Obwohl die meisten von ihnen kaum lesen und schreiben können, um Petitionen einzureichen, zu sehr mit dem Überleben beschäftigt sind, um an Protestkundgebungen teilzunehmen oder zu verzweifeln über ihren Hungerlohn sind, um sich an Streiks zu beteiligen, beteiligen sie sich dennoch an „stillen, alltäglichen und unauffälligen Handlungen und Äußerungen, die selten organisiert oder direkt sind, um Normen, Regeln und Autorität anzufechten“.¹⁰ Beispiele dafür sind Verzögerungstaktik, kleine Diebstähle, subtile Sabotageakte, Nichtwählen, falsche Antworten auf Umfragen oder die Vermeidung politischer Konsultationen. Landarbeiter:innen machen lange Mittagspausen, nicht weil sie faul sind, sondern weil sie auf diese Weise gegen ihre niedrige Entlohnung ‚protestieren‘ können, ohne von den Betriebsleiter:innen als potenzielle ‚Unruhestifter:innen‘ abgestempelt zu werden.



Ein Bauer pausiert von seiner Arbeit auf dem Reisfeld. (Foto: FotoGrazio auf Flickr. CC BY-NC-ND 2.0)

Konfrontationen zwischen den Ohnmächtigen und den Mächtigen, so Scott, sind voller Täuschungen – die Ohnmächtigen täuschen Ehrerbietung vor und die Mächtigen behaupten auf subtile Weise ihre Herrschaft. Das Verschweigen der Schwachen gegenüber der Macht ist so allgegenwärtig, dass untergeordnete Gruppen – Bauern:Bäuerinnen, ‚Unberührbare‘, Sklav:innen, Arbeiter:innen, Gefangene und jetzt auch Geflüchtete – nicht einmal die Freiheit haben, in Gegenwart der Macht ihre Meinung zu sagen. Daher entwickeln die Ohnmächtigen ein „verborgenes Handlungs-Protokoll“, Formen des Widerstands und der Ablehnung, die von den Machthaber:innen nicht wahrgenommen werden und die dann an die Oberfläche kommen, wenn ein offener Konflikt ausbricht. Gleichzeitig „entwickeln die Mächtigen auch einen privaten Dialog über Praktiken und Ziele ihrer Herrschaft, die nicht offen ausgesprochen werden können“.¹¹

Versteckte Handlungs-Protokolle am Beispiel von Landarbeiter:innen in den Philippinen

Wenn die ‚Schwachen‘ ihre Waffen einsetzen und ein verdecktes Handlungs-Protokoll entsteht, entwickelt sich ‚Alltagspolitik‘. Eine wichtige Studie ist die Arbeit von Benedict T. Kerkvliet¹² über Landarbeiter:innen und Bauern:Bäuerinnen in einem Reisanbaudorf in Zentral-Luzon, Philippinen. Er bestätigt, dass die Untergebenen zwar feste Überzeugungen und Werte in Bezug auf Gerechtigkeit, Fairness und Sicherheit hatten, aber aufgrund der wahrgenommenen Risiken und Chancen nicht in der Lage waren, diese Überzeugungen und Werte zu leben und zu zeigen. Es gibt also einerseits ein öffentliches Auftreten gegenüber den Mächtigen und andererseits verdeckte Protokolle, bei denen es nach wie vor um Ansprüche auf Land und Löhne geht, unabhängig von den Entscheidungen

und Bündnissen, die in den üblichen politischen Arenen getroffen werden. Hinter der offiziellen Geschichte der ‚Patron:in-Klient:in-Bindung‘ und der Entstehung und des Verfalls sozialer Identitäten in den Machtbeziehungen der ländlichen Philippinen steckt einfach mehr. Die Beziehungen zwischen den Menschen über Klassen und Status hinweg sind unter der Oberfläche mit Konflikten und Anfechtungen behaftet.

Sensibilität für die „Waffen der Schwachen“ und der zusätzliche Schritt, den verborgenen Handlungs-Protokollen richtig zuzuhören, sind Schritte, die notwendig sein können, um die Entwicklungszusammenarbeit vollständig in Solidarität mit kolonisierten Gesellschaften umzuwandeln.

Othering und Veränderung der Machtverhältnisse

Fairerweise muss man sagen, dass viele entwicklungs-politischen NGOs und Expert:innen heute nicht nur gut zuhören, sondern bei der Gestaltung und Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit auch politisch denken und arbeiten. Gleichzeitig muss aber anerkannt werden, dass es immer noch Hürden gibt.

Wenn die Programme der Entwicklungszusammenarbeit ihrem Anspruch auf Gleichberechtigung der Partner:innen treu bleiben wollen, sollten sie mit der gebotenen Sorgfalt prüfen, ob sie wissentlich oder unwissentlich Annahmen und Verfahren anwenden, die ihre Partner:innen im Globalen Süden ausgrenzen. *Othering* ist die oft versteckte, aber weit verbreitete Praxis, Menschen in einer Weise als ‚anders‘ zu definieren oder zu etikettieren, die sie an den Rand drängt und die Ungleichheit fortbestehen lässt.¹³ Wenn Menschen in den Mainstream-Medien beispielsweise als ‚Migrant:innen‘ oder ‚Geflüchtete‘ bezeichnet werden, gelten sie in der Regel als Belastung, ‚Schmarotzer:innen‘ auf der Suche nach schnellem Geld, ‚Konkurrent:innen‘ um knappe Arbeitsplätze oder sogar als ‚Bedrohung‘ für das nationale Überleben. Selten werden sie als fleißige Arbeiter:innen gesehen, die der Wirtschaft nützen, die zur kulturellen und intellektuellen Vielfalt beitragen oder die einfach nur Menschen sind, die sich nicht von anderen unterscheiden. Sie werden zu Anderen gemacht und geächtet.

Eine noch schlimmere Form des Andersseins ist die Stigmatisierung – das Gegenteil der Verleihung von Medaillen. Medaillen sind für Gewinner:innen, Stigmata sind für Verlierer:innen. So wie Pia Klemp die Macht derjenigen in Frage stellte, die entscheiden, wer ein:e ‚Held:in‘ ist oder nicht, muss auch die Macht, zu kriminalisieren und zu erklären, wer illegal ist oder nicht, in Frage gestellt werden.

Oft sind es diejenigen, die am meisten Unterstützung und Schutz brauchen, die kriminalisiert werden. Nehmen wir zum Beispiel die armen Bauern:Bäuerinnen, die durch Konflikte, die Kommerzialisierung der Landwirtschaft oder sogar durch Entwicklungsprogramme vertrieben oder enteignet wurden – und dann gezwungen sind, sich auf illegale Wirtschaftsformen zu stützen, um zu überleben. Sie werden zu illegalen Holzfäller:innen oder Wilderer:innen in den Wäldern; zu Guerilla-Bergarbeiter:innen, die sich unsichtbar machen, um in riesigen Konzessionen, die an multinationale Unternehmen vergeben wurden, ihren Lebensunterhalt zu verdienen; zu Schmuggler:innen legaler oder illegaler Waren in abgelegenen Grenzgebieten; oder zu Erzeuger:innen von verbotenen illegalen Pflanzen.

Kriminalisierung der Cocaler@s

Es muss betont werden, dass die ‚Schwachen‘, selbst wenn sie kriminalisiert werden, ihre Macht nutzen können, um Siege zu erringen. Nehmen wir die Geschichte der Cocaler@s (Kokabauern:Bäuerinnen) in den Anden. Im Juni 1998 versuchten sie, an einer Sondersitzung der UN-Generalversammlung (UNGASS) zum Thema Drogen teilzunehmen, um den Schutz ihrer Lebensgrundlage zu fordern und gegen die Menschenrechtsverletzungen zu protestieren, unter denen sie bei der Durchsetzung der UN-Drogenkontrollabkommen zu leiden haben. Da das Kauen von Koka und der Anbau der Pflanze in den Anden seit über 2000 Jahren praktiziert wird, hatten sie eindeutig ein Recht darauf, gehört zu werden. Dennoch wurde ihnen die Einreise in die USA zur UNGASS in New York verweigert, weil sie als Kriminelle angesehen wurden, die in den illegalen Kokainhandel verwickelt waren. Ihre differenzierte Forderung „Yes to Coca, No to Cocaine“, die eindeutig die UN-Verträge respektierte (sie forderten die Legalisierung der Kokapflanze, nicht des Kokain), wurde völlig ignoriert.

Darüber hinaus wurden die Cocaler@s oft wegen ihrer Sprechweise verspottet und routinemäßig als ‚weniger gebildet‘, ‚weniger zivilisiert‘ oder sogar als ‚ungehorsame Unruhestifter:innen‘ abgetan. Dies trug zu der Vorstellung bei, dass sie geringere und entbehrlichere Rechte hätten. Es ist daher eine Ironie des Schicksals, dass noch 1998 – als die Rechte der betroffenen Gemeinschaften auf eine sinnvolle Beteiligung am öffentlichen Leben bereits in den globalen Menschenrechtsstandards verankert waren – die Cocaler@s von der Beteiligung durch genau die Institution ausgeschlossen wurden, die diese Rechte eigentlich schützen sollte.

Doch die Cocaler@s reagierten auf bemerkenswerte Weise. Die Beleidigung, formell ausgeschlossen zu werden, bestätigte, dass ihre Stimmen innerhalb der üblichen Regeln und Verfahren nicht gehört und ernst genommen werden würden. Sie waren wie die Kolonisierten, deren Versuche,

die fest verankerte Mentalität der Kolonisator:innen zu ändern, vergeblich waren. Der einzige Weg zur Dekolonialisierung bestand daher darin, echte politische Stärke zu demonstrieren. Sie gingen zurück in ihre Dörfer und machten weiter ihre Hausaufgaben.

Sieben Jahre später, im Dezember 2005, verblüfften sie die internationale Gemeinschaft mit einem dramatischen und wichtigen Sieg. Einer der Cocaler@s, die als verrufen galten und denen die Einreise verweigert wurde, ein ethnischer Aymara namens Evo Morales, wurde mit dem größten Vorsprung in der Geschichte des Landes zum Präsidenten Boliviens gewählt. Von stigmatisierten und kriminalisierten Bauern:Bäuerinnen wurden die Cocaler@s in Bolivien zu den Inhaber:innen der Staatsmacht. Mit ihrem Sieg begannen sie nicht nur, für ähnlich stigmatisierte und kriminalisierte arme Gemeinschaften zu sprechen, sondern sie begannen auch mit der langwierigen und mühsamen Aufgabe, die Rechtsnormen und die globale Haltung gegenüber der Kokapflanze zu dekolonisieren.

Jahrelang vermieden es die Befürworter:innen der Entwicklungszusammenarbeit, Cocaler@s und andere an den Rand gedrängte illegale Anbauer:innen zu unterstützen, weil sie offenbar befürchteten, mit Gruppen in Verbindung gebracht zu werden, die als „Kriminelle“ bezeichnet werden. Bis 2015 erlebte ich diese Vermeidung und dieses Zögern immer wieder, als ich an einem Projekt mitwirkte, bei dem große NGOs eingeladen wurden, eine Gruppe „Drogen und Entwicklung“ zu gründen, die sich unter anderem für Reformen bei der bevorstehenden UNGASS im April 2016 in New York einsetzen sollte. Dabei wurde deutlich, wie die Fortschritte auf dem Weg zur Solidarität durch die Abneigung der Entwicklungsagenturen gegenüber realen und imaginären Risiken behindert wurden.

Versprochene Solidarität einlösen

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Entwicklungszusammenarbeit das Versprechen der Solidarität in sich trägt. Aber sie hat noch einen langen Weg vor sich. Sie muss sich mit der Hybris auseinandersetzen, dass Expert:innen mit technischen Lösungen immer alle Antworten kennen. Sie muss überprüfen, wie tief das Anderssein in ihren Annahmen, Verfahren und Strukturen verwurzelt sein kann. Vor allem aber muss sie sich auf die Seite der Armen stellen, die Handlungsmacht ausüben, damit sie wie die Cocaler@s die verschiedenen Formen der Macht dekolonisieren können. Es gibt viele Anhaltspunkte dafür, wie man nicht auf Hilfe, sondern auf Solidarität setzt.

Übersetzung aus dem Englischen: Dr. Diana Ramos Dehn

Endnoten

- 1 Barsamian, David (2003): Interview with Eduardo Galeano: 'The Progressive'. Verfügbar unter: <https://www.mail-archive.com/ugandanet@kym.net/msg05039.html>
- 2 Sea Watch, Paris (2019): Pia Klemp lehnt Ehrenmedaille ab – Erklärung. Verfügbar unter: <https://ffm-online.org/sea-watch-paris-pia-klemp-lehnt-ehrenmedaille-ab-erklaerung/>
- 3 Hillhorst, Dorothea (2005): Dead letter or living document? Ten years of the Code of Conduct for disaster relief. In Disasters, Volume 29, Issue 4, p. 352-358
- 4 Abdel-Malek, Talaat. (2015): The Global Partnership for Effective Development Cooperation. Origins, Actions and Future Prospects, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Verfügbar unter: <https://www.die-gdi.de/studies/article/the-global-partnership-for-effective-development-cooperation-origins-actions-and-future-prospects/>
- 5 OCHA Inter-Agency Standing Committee (2016): Grand Bargain. Verfügbar unter: <https://interagencystandingcommittee.org/about-the-grand-bargain>
- 6 Gutierrez, Eric (2020): The power of illicit economies: survival, resilience, and the limits of development and drug policy orthodoxy. Verfügbar unter: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/14747731.2020.1718825>
- 7 Carothers, Thomas; de Gramont, Diane (2013): Development Aid Confronts Politics: The Almost Revolution. Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, S. 4-5
- 8 Scott, James C. (1985): Weapons of the Weak: Everyday Forms of Peasant Resistance. Yale University Press
- 9 Scott, James C. (2009): The art of not being governed: an anarchist history of upland Southeast Asia. New Haven: Yale University Press
- 10 Kerkvliet, Benedict T. (2009): The Power of Everyday Politics: How Vietnamese Peasants Transformed National Policy. Ithaca: Cornell University Press, S. 232
- 11 Scott, James C. (1990): Domination and the Arts of Resistance: Hidden Transcripts. Yale University Press
- 12 Kerkvliet, Benedict T. (1990): Everyday Politics in the Philippines. Class and Status Relations in a Central Luzon Village. Berkeley: University of California Press
- 13 Menendian, Stephen; Powel, A. John (2016): The Problem with Othering. Towards Inclusiveness and Belonging. In: in Othering & Belonging. Issue 1. Verfügbar unter: <https://otheringandbelonging.org/the-problem-of-othering/>

Der Autor

Eric D. U. Gutierrez ist Filipino und arbeitete von 1999 bis 2020 für die internationalen NGOs *WaterAid*, *ActionAid* und *Christian Aid*. Er lebte in Malawi, Mosambik, Sambia und Südafrika und unterstützte den Aufbau von Forschungskapazitäten bei lokalen Mitarbeiter:innen und Partnerorganisationen in Afrika, Lateinamerika und Südasien. Seinen Dokortitel in Entwicklungsstudien erwarb er mit „cum laude“ an der ISS-Erasmus-Universität Rotterdam. Er ist jetzt als unabhängiger Berater tätig.

Weißer Räume aufbrechen: Kritisches Weißsein und Solidarität

Von Gita Herrmann und Dominik Hofzumahaus

Kritisches Weißsein hinterfragt die *weiße* Perspektive und Machtposition, um allgegenwärtige rassistische Strukturen abzubauen. Deren Unterdrückungsmechanismen wirken nicht nur in mehrheitlich *weißen* Gesellschaften, sondern prägen auch die internationale Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd.

„Mein Projekt ist ein Bemühen darum, den kritischen Blick vom rassistischen Objekt zum rassistischen Subjekt zu wenden; von den Beschriebenen und Imaginierten zu den Beschreibenden und Imaginierenden.“¹ Dem Aufruf der US-amerikanischen Schriftstellerin Toni Morrison folgend wurde die Auseinandersetzung mit Weißsein in den 1990er Jahren in verschiedenen akademischen Disziplinen aufgenommen. Die Kritische Auseinandersetzung mit Weißsein ist jedoch wesentlich älter und wurde von Schwarzen und People of Color (PoC) bereits seit dem 17. Jahrhundert dokumentiert.

Critical Whiteness Studies – zu Deutsch kritische Weißseinsforschung – hinterfragt gesellschaftlichen Machtstrukturen im Kontext von Rassismus. Sie stellt dabei die Frage, inwiefern die sozial konstruierte Kategorie Weißsein politische und soziale Verhältnisse gestaltet – und damit nicht-*weiße* Menschen von der gesellschaftlichen Teilhabe ausschließt.

Das Wort Rassismus wird in Deutschland seit langem verwendet, um zu beschreiben, dass auf interpersoneller Ebene Gewalt mit rassistischem Motiv ausgeübt wird. Kritische Weißseinsforschung hingegen basiert auf einem strukturellen Verständnis von Rassismus. Dieses Verständnis geht von einer Weltordnung aus, in der Menschen aufgrund rassifizierter Merkmale auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Zusammenlebens unterdrückt werden.

Der Kritische Weißsein-Ansatz hat damit Relevanz sowohl in Hinblick auf mehrheitlich *weiße* Gesellschaften als auch in einem globalen Kontext, wo Nord-Süd-Beziehungen von kolonialen Machtstrukturen geprägt sind. Kritisches Weißsein bietet eine Möglichkeit zur Reflexion,

Zentrale Begriffe aus der Kritischen Weißseinsforschung. Diese können als Orientierungshilfe zum Abbau von diskriminierender Sprache dienen.

weiß

Mit *weiß* ist eine rassistische Kategorie gemeint, und keine biologische Realität. Sie beschreibt die Positionierung und Zuschreibung als *weiß* in der Gesellschaft. Im schriftsprachlichen soll mit der kleinen und kursiven Schreibweise der Konstruktcharakter hervorgehoben werden.

Schwarz

Die Kategorie Schwarz ist ebenfalls ein soziales Konstrukt. Sie wird in adjektivischer Verwendung großgeschrieben. Das soll ihr Widerstandspotenzial und die damit verbundene Selbstermächtigung hervorheben, und sie gleichzeitig vom *weißen* abheben.

(Bi)PoC

Die Selbstbezeichnung ‚People/ Person of Color‘ (PoC) von nicht-*weißen* Menschen in *weißen* Mehrheitsgesellschaften hat sich in weiten Teilen der antirassistischen Bewegung durchgesetzt. Sie soll die Erfahrung der Diskriminierung in einer *weißen* Dominanzgesellschaft betonen und dabei Solidarität vermitteln. Ausgehend vom US-amerikanischen Diskurs wurde dies teilweise durch die Bezeichnung ‚Black, Indigenous and People of Color‘ (BiPoC) erweitert.

xy-gelesen/ xy-markiert

Diese Bezeichnung unterstreicht eine gesellschaftliche ‚Lesart‘ von Menschen, ohne eine Deutungshoheit über ihre Identität zu ergreifen. Genutzt wird sie etwa, wenn nicht klar ist, wie sich eine Person(engruppe) selbst bezeichnet (Beispiele: asiatisch gelesen, südostasiatisch gelesen o. ä.).²



Rassismus als konstituierendes Narrativ kolonialer Bildsprache: Die Tafel „Tribut aus den Kolonien“ auf der Goldenen Kutsche der niederländischen Königsfamilie. Das Gemälde von Nicolaas van der Waay (1898) zeigt links Bewohner:innen aus den karibischen Kolonien, rechts aus Niederländisch-Ostindien (heutiges Indonesien) und in der Mitte thronend die ‚holländische Jungfrau‘. Die Kutsche ist Teil der Ausstellung The Golden Coach noch bis zum 27. Februar 2022 im Amsterdam Museum. (Foto: Arthur van der Vlies)

um diese Machtgefälle abzubauen – sowohl innerhalb von Gesellschaften als auch transnational, zwischen mehreren Gesellschaften.

Struktureller Rassismus

Obwohl die im 18. Jahrhundert etablierte ‚Wissenschaft‘, nach der Menschen unterschiedlichen ‚Rassen‘ zugeordnet wurden, längst als menschenfeindliche Ideologie eingeordnet wird, halten sich ihre Spuren bis heute hartnäckig. Ihre Vorstellungen lassen sich im Wesentlichen zum europäischen Kolonialismus und transatlantischen Sklavenhandel zurückverfolgen.³ Um die gewalttätige Ausbeutung und Versklavung auf den eroberten Territorien vor dem Zeitgeist der Renaissance in Europa zu rechtfertigen, wurden nicht-weiße Menschen zu minderen ‚Rassen‘ abgewertet. Heute, in einer Welt steigender Komplexität und Globalisierung bedarf es einer differenzierten Betrachtung, wie Rassismus unser Zusammenleben beeinflusst.

Kritisches Weißsein geht davon aus, dass rassistische Machtverhältnisse auf institutioneller und struktureller Ebene in unseren Gesellschaften verankert sind und nicht-weißen Menschen deshalb nur eingeschränkter Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe und Einfluss zusteht.

Darüber hinaus beruht kritisches Weißsein auf der Erkenntnis, dass weiße Perspektiven als gesellschaftliche Norm angesehen werden und dementsprechend kaum hinterfragt werden.⁴

Um diese Dynamik aufzubrechen, setzt kritisches Weißsein auf eine selbstreflektierte Auseinandersetzung mit dem eigenen Weißsein und richtet damit den Blick auf das nicht rassifizierte Subjekt. Der Ansatz macht explizit keine biologischen Unterschiede zwischen weißen und nicht-weißen Menschen, sondern setzt sich damit auseinander, wie rassifizierte Merkmale soziale Unterschiede schaffen und was von weißen Menschen unternommen werden kann, um dem entgegenzuwirken.

Dies betrifft insbesondere eine kritische Auseinandersetzung mit internalisierten Denk- und Handlungsmustern, die rassistische Strukturen reproduzieren. Darüber hinaus fordert der Ansatz die Reflexion von Privilegien, beschäftigt sich mit der damit verbundenen Verantwortung und letztendlich der Frage, wie eine Solidarisierung mit nicht-weißen Menschen aussehen kann, ohne Dominanzhierarchien fortzuführen. Insbesondere in der internationalen Zusammenarbeit zwischen Globalem Norden und Süden gilt dabei: Gut gemeint heißt nicht automatisch gut gemacht.



Reproduktion rassistischer Machtstrukturen in Bildern: Der damalige US-Senator John Kerry im Januar 2011 bei einem Besuch von Bürgerkriegsgeflüchteten in der Umgebung von Shangil Tubaya (Nord-Darfur). Öffentlichkeitsbilder dieser Art bedienen das koloniale „White Saviour“-Narrativ. (Albert Gonzalez Farran, Flickr, CC BY-NC-ND 2.0)

Weißer Fragilität

Aufgrund der unterschiedlichen Verwendungen des Begriffs Rassismus kommt es in der Diskussion um Rassismus oft zu Missverständnissen. Die weiße US-amerikanische Soziologin Robin Di Angelo prägte für dieses Phänomen den Begriff der *weißen* Fragilität. Sie beschreibt einen Mechanismus, nach dem viele *weiße* Menschen sensibel und ‚zerbrechlich‘ sind, wenn sie mit ihren eigenen internalisierten Rassismen konfrontiert werden. Grund für diese Sensibilität liegt am Nicht-Wahrnehmen von normativen, *weißen* Räumen in westlichen Gesellschaften und der Einordnung einer Gut/Böse-Binarität in Bezug auf Rassismus: „that only bad people were racist“⁵

Weißer Menschen, die sich mit ihrem eigenen Weißsein nicht auseinandersetzen, verstehen Hinweise auf rassistische Reproduktion daher oft als persönlichen Angriff, da rassistisch zu sein ihnen in ihrem Selbstverständnis böse Absichten unterstellt. Entsprechend stößt die aktuelle Debatte um strukturellen Rassismus auf viel Abwehr – insbesondere bei Menschen, die sich noch nicht ausführlich mit den verschiedenen Diskriminierungsmechanismen beschäftigt haben und für die die Anfechtung ihrer Deutungshoheit eine Neuheit darstellt:

Weißer Menschen, die bei sich selbst eine Defensivität feststellen, wenn sie sich mit Rassismus auseinandersetzen, rät Di Angelo, sich unbedingt mit dem Konzept der *weißen* Fragilität auseinandersetzen. Denn *weiße* Fragilität stellt die Gefühle *weißer* Menschen in den Vordergrund und verhindert damit eine konstruktive Auseinandersetzung mit dem Abbau von strukturellem Rassismus.

Rassismus als System abbauen

Wie oben bereits beschrieben, hat rassistisches Handeln aus der Perspektive des kritischen Weißseins nur wenig mit der Absicht zu tun, rassistisch zu sein oder handeln zu wollen. Kritisches Weißsein beschränkt sich daher nicht auf den interpersonellen Umgang zwischen Menschen, sondern setzt sich mit dem gesellschaftspolitischen System und seinen Machtverhältnissen als Gesamtes auseinander.

Um diese Machtverhältnisse aus der Perspektive des kritischen Weißseins zu verstehen und abzubauen, bedarf es einer Auseinandersetzung mit den Wirkweisen systemischer Unterdrückung und *weißer* Vorherrschaft. Kritisches Weißsein geht davon aus, dass ein Mensch, der in das vorhandene System geboren wird und dessen Privilegien genießt, nicht rassistischnah handeln kann, ohne sich seiner

eigenen Rolle und systemischen Unterdrückungsmechanismen bewusst zu sein.

Es geht nicht einfach um die Einteilung von Menschen mit rassistischer Absicht und ohne rassistische Absicht, sondern um das Ziel, Rassismus als System abzubauen. Daraus folgt, dass ein Rassismuskurs, der sich um Absichten eines Individuums dreht, kontraproduktiv ist, da es Menschen ohne rassistische Absicht ihre Verantwortung im Abbau von systemischem Rassismus nimmt.

Sprache schafft Realitäten

Auch die Reflexion von Sprache nimmt eine zentrale Rolle in der Debatte um strukturellen Rassismus und der kritischen Reflexion von Weißsein ein. Sprache prägt unser Bild von Wirklichkeit und damit auch unsere Überzeugungen und Handlungsweisen. Da ein großer Teil unseres Denkens unbewusst stattfindet, haben wir unreflektiert wenig Kontrolle über die Deutungsrahmen, die Sprache schafft.⁶

Kritisches Weißsein weist darauf hin, dass sich auch in unserer Sprache der normative Charakter des *Weißseins* zeigt. Sie wird von uns im sozialen Umfeld erlernt und internalisiert. Dies wird beispielsweise deutlich, wenn mit der Bezeichnung ‚Hautfarbe‘ ein ganz bestimmter beige-rosa Buntstift gemeint ist und erinnert uns daran, wie früh wir schon im Kleinkindalter mit diesen Normen in Berührung kommen.

Da rassifizierte Menschen durch die Geschichte hinweg von Fremdzuschreibungen begleitet wurden und diese immer mit Unterdrückung und Hierarchisierung einher gingen, setzen rassismuserfahrene Menschen auf Selbstbezeichnungen wie Schwarz oder People of Color. Die Reflexion von Sprache und eine rassismuskritische Ausdrucksweise trägt zur Sichtbarmachung von marginalisierten Perspektiven und Erfahrungen von Diskriminierungen bei.

Entwicklungspolitische Perspektiven

Insbesondere im Kontext der internationalen Zusammenarbeit bedarf es einer tiefgreifenden Auseinandersetzung mit Kolonialismus – seinem historischen Ursprung und Formen des Neokolonialismus, die sich in rassistischen Strukturen bis heute manifestieren.

Angefangen bei der Betrachtung des Begriffs von ‚Entwicklung‘, der Gesellschaftsformen hierarchisiert und eurozentrische, kolonial geprägte Sichtweisen fortführt. Die Legitimation von Kolonialismus ist eng mit der Vorstellung von strukturellem Rassismus und der damit imaginierten zusammenhängenden ‚(Unter-)Entwicklung‘

verknüpft. Diese kolonialen Machtstrukturen prägen das Verhältnis zwischen Globalem Norden und Süden bis heute.

Hinzu kommt die Fortschreibung rassistischer Klischees beispielsweise, um Spenden zu generieren, wenn nicht-weiße Menschen als Opfer und weiße Menschen als Retter dargestellt werden. Menschen aus dem Globalen Süden auf Armut zu reduzieren, prägt entwicklungspoliti-

Zentrale Begriffe aus der Kritischen Weißseinsforschung. Diese können als Orientierungshilfe zum Abbau von diskriminierender Sprache dienen.

Exotismus

Aus dominanter *weißer* Perspektive werden nicht-weißen Menschen mit ‚exotisch‘ vermeintlich positive Eigenschaften zugeschrieben, die verallgemeinernde, rassistische Stereotype und Strukturen reproduzieren. Das ‚Exotische‘ wird damit als fremd und begehrenswert stigmatisiert.

Farbenblindheit/ Color blindness

Das Konzept der Farbenblindheit soll theoretisch die Gleichheit aller Menschen betonen, führt in der Regel aber zu Negierung von realen Auswirkungen rassistischer Strukturen. „Ich sehe keine Hautfarbe“ bedeutet in der Regel vielmehr „ich sehe die Auswirkungen von Rassismus nicht“ oder, dass kein rassistisches Motiv hinter individuellem Handeln steckt.

Kulturelle Aneignung/ Cultural Appropriation

Wenn kulturelle Elemente aus dem Zusammenhang gerissen und in andere Kontexte gesetzt werden, handelt es sich um kulturelle Aneignung. Dieser Prozess wurde in großem Maße im Kolonialismus angewandt und findet sich bis heute insbesondere im Nord- Süd- Kontext wieder – etwa wenn die Kulturelemente in wirtschaftlich reicheren Ländern kapitalisiert werden.

Tokenism

Wenn von *weißen* Menschen rassismuserfahrene Menschen als sogenanntes ‚Token‘ genutzt werden, um rassistischen Verhaltensweisen oder Denkmuster zu bagatellisieren oder zu legitimieren, wird von ‚Tokenism‘ gesprochen. Dabei werden ‚Token‘ oft nicht als Individuum wahrgenommen, sondern als Repräsentant:innen einer vermeintlich homogenen Gruppe.

White Saviour Komplex

Wenn *weiße* Menschen in paternalistischer Weise nicht-weißen Menschen in Notsituationen (vermeintlich) helfen, dabei aber kolonial und rassistisch geprägte Machthierarchien reproduzieren, spricht man vom *White Saviour* Komplex. Nicht-weiße Menschen werden in eine passive Opferrolle gedrängt und eine Selbstermächtigung erschwert. Es ist ein wiederkehrendes Motiv in Bildern, Literatur und Film.²

sche paternalistische Strukturen und steht einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe im Wege.⁷

Wie kann solidarische internationale Zusammenarbeit im Kontext von strukturellem Rassismus und kolonialen Machtstrukturen aussehen? Kritisches Weißsein fordert uns dazu auf, unsere Privilegien sowie die politische und ökonomische Macht im Kontext internationaler Zusammenarbeit selbstkritisch zu reflektieren. Darüber hinaus sollten Menschen aus dem Globalen Süden als Expert:innen eingeladen werden, uns zu kritisieren. Diese Kritik sollte dankbar angenommen und als Chance – nicht als Angriff – begriffen werden. Strukturelle Veränderungen werden nicht entlang wirtschaftlicher Dominanzstrukturen von außen ermöglicht, sondern auf Augenhöhe in solidarischer Zusammenarbeit mit den Menschen, die von den realen Herrschaftsverhältnissen betroffen sind.

Endnoten

- 1 Morrison, Toni (1995): Im Dunkeln spielen. Weiße Kultur und literarische Imaginationen. Hamburg, Rowohlt Verlag, S. 125
- 2 Für weitere Begriffe und Konzepte empfehlen wir das umfassende und ausführliche Glossar des IDA (Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e.V.): <https://www.idaev.de/researchtools/glossar>
- 3 Arndt, Susan (2020): Geschichte des Rassismus: Das Macht-system. Verfügbar unter: <https://taz.de/Geschichte-des-Rassismus/!5694138/>
- 4 Eggers, Maureen M.; Kilomba, Grada; Piesche, Peggy; Arndt, Susan (Hrsg.)(2020): Kritische Weißseinsforschung in Deutschland. Mythen Subjekte Masken. Münster: Unrast Verlag, 4. Auflage
- 5 Di Angelo, Robin (2018): White Fragility. Why it's so hard for White People to talk about Racism. London, Penguin Books, S. 3
- 6 Gümüşay, Kübra (2020): Sprache und Sein. München, Carl Hansa Verlag
- 7 global e.V. (2016): Das Märchen von der Augenhöhe. Verfügbar unter: <https://www.global.org/publikationen/das-maerchen-von-der-augehoehe/> ; ‚white charity‘. Schwarzsein & Weißsein auf Spendenplakaten: <https://www.whitecharity.de/de/home/>

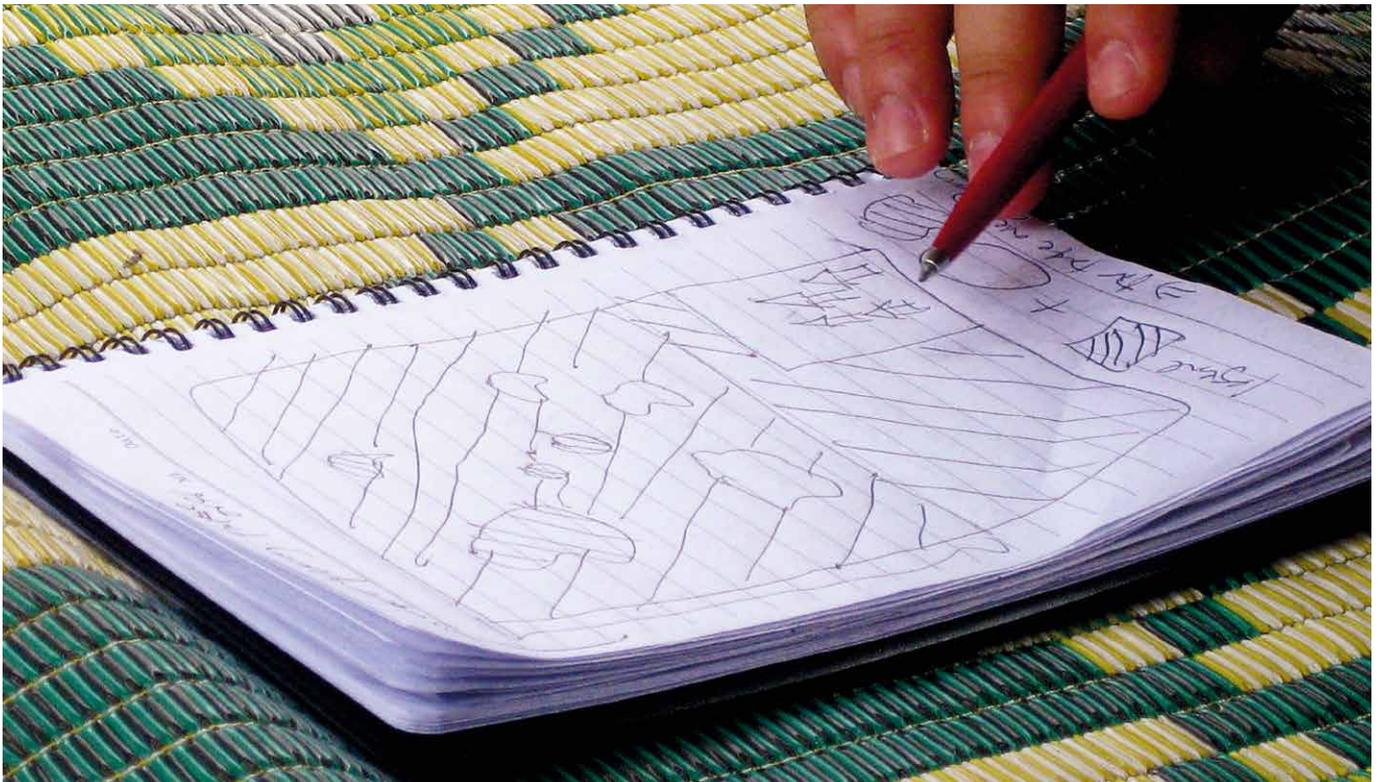
Die Autor:innen

Gita Herrmann hat Geschichte und Politik studiert und für Kulturorganisationen in Indien, Sambia und Tansania gearbeitet. Sie engagiert sich für antirassistische Strategien in der internationalen Zusammenarbeit und schreibt aus der Perspektive einer deutschen Frau of Color.

Dominik Hofzumahaus ist Südostasienwissenschaftler mit dem Fokus auf sozialer Gerechtigkeit, Umwelt und Entwicklung in der Region. Er schreibt aus der Perspektive eines deutschen, *weißen* Mannes.

Landnutzung: das Dogma des Privateigentums

Von Roman Herre



Diskussion komplexer Landnutzungssysteme mit Gemeindemitgliedern in Kampong Speu. (Foto: FIAN)

Landpolitiken in der Entwicklungszusammenarbeit sind oft eurozentristisch ausgerichtet. Dies hat menschenrechtliche Auswirkungen, was sich am Beispiel Kambodschas und den Entwicklungen im Landsektor der letzten 30 Jahre zeigt.

Die Khmer Rouge wollten während ihrer Herrschaft von 1975 bis 1979 Privateigentum abschaffen und vernichteten auch alle Katasterdaten im Landsektor. Mehr als ein Jahrzehnt später, in einer Übergangsphase unter der *State of Cambodia*-Regierung von Hun Sen und noch vor den von den *Vereinten Nationen* (UN) überwachten Wahlen von 1993,

wurde ein neues Landgesetz, das *Land Law* von 1992, erarbeitet. Dieses sah sogenannte *possession rights*¹ als zentrale Besitzform im ländlichen Raum vor. Bis 1999 lagen 4,5 Millionen Anträge für solche *possession titles* vor, 500.000 solcher Titel wurden vergeben. Dabei gab es typische Probleme aller umfassenden Landregistrierungsprozesse, wie beispielsweise zu hohe Kosten für die Registrierung der Landrechte durch Zertifikate sowie zu geringe Kapazitäten der Regierung.²

Dieses System war an die traditionellen Landnutzungsstrukturen der Region angelehnt. So waren diese Landzertifikate zwar lebenslang gültig und damit in Sachen Be-

sitzsicherheit (*tenure security*) vollwertig und rechtssicher. Sie waren jedoch nicht frei übertragbar. Um die Jahrtausendwende wurde dieses System durch neue, stärker an westliche Landrechte angelehnte Landgesetze ersetzt. Die Gründe hierfür bleiben unklar. Ein Blick in knapp 30 Jahre Landpolitik seit dem Pariser Friedensvertrag von 1991 zeichnet jedoch eine relevante Rolle der Entwicklungspolitik nach, deren Auswirkungen heute menschenrechtlich problematisch bis fragwürdig sind.

Geber stellen Weichen für private Landeigentumstitel

Zum Ende der 1990er Jahre zeigen die Regierungsverhandlungen zwischen Deutschland und Kambodscha sowie Dokumente der *Weltbank*, dass neue Landgesetze angestrebt werden und darin die privaten Landeigentumsrechte als zentrale Nutzungsform verankert sind. Dadurch wurde der laufende Prozess der Registrierung von *possession titles* in Frage gestellt und hat – so weiß man heute – diese Rechte geschwächt und zu Rechtsunsicherheit beigetragen. Die formalen Gründe hierfür lassen sich nicht mehr ganz nachzeichnen. Im Kern wurden jedoch auch von der Geberseite, also Deutschland und der *Weltbank*, privates Landeigentum nach westlichem Vorbild als Leitvorstellung genannt. Es ging also um die Einführung privater und transferierbarer Landtitel.

Die Frage drängt sich auf, warum in dieser Umbruchphase nicht versucht wurde, den laufenden Registrierungsprozess zu stärken statt auf ein völlig neues System zu setzen. Denn die dokumentierten Mängel des Registrierungsprozesses, insbesondere fehlende Landvermessungen, Besitzunsicherheit und schwache Kapazitäten des Staates, hätten unter dem Dach des Landgesetzes von 1992 sowie den *possession titles* aufgegriffen und behoben werden können. Wichtiger noch, man hätte auf einen laufenden Prozess mit schon 4,5 Millionen eingereichten Anträgen auf Registrierung aufbauen können

Umgang mit der eigenen Rolle mangelhaft

Angesichts wachsender Kritik³ aus der kambodschanischen wie auch deutschen Zivilgesellschaft zur Landpolitik der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) hatte das *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (BMZ) 2016 eine Evaluierung in Auftrag gegeben, um die „Erfahrungen aus 20 Jahren Landpolitik in Kambodscha“ zu untersuchen. Die Menschenrechtsorganisation FIAN setzte sich dafür ein, dass Aufarbeitung

dieser wichtigen Frühphase in die BMZ-Evaluierung aufgenommen werden sollte.

Die deutsche Zivilgesellschaft war zunächst um Kommentare und Bewertungen gebeten worden. Dennoch wurde seitens der Bundesregierung entschieden, die Anfangsphase des deutschen Engagements von 1995 bis 2001 von der Evaluierung auszuklammern. – trotz Arbeitstitels „20 Jahre“. Damit fehlt der beschriebene Wechsel von *possession rights* hin zu privatem Landeigentum. Die 2017 fertiggestellten Berichte lassen damit die zentrale Rolle der Geber – insbesondere Deutschlands und der Weltbank – in der Umbruchphase um die Jahrtausendwende unter den Tisch fallen. Ein aus FIAN-Sicht problematischer Umgang mit dem Thema.

Lange Historie der Geber...

Private Landeigentumsrechte und ein ‚freier‘ Landmarkt sind seit den 1980er Jahren dominant in der westlichen Entwicklungspolitik. Bis heute stellt die *Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit* (GIZ) das sogenannte ‚Kontinuum an Landrechten‘ als zentrales Konzept von Landrechten vor.⁴ Dort ist privates Landeigentum immer das logische Ende einer Entwicklungskette von Landverwaltung – also Ziel der Entwicklung. Dies ist eine sehr problematische und westlich-neoliberale Sichtweise. Die *Weltbank* sieht beispielsweise in ihrem Weltentwicklungsbericht zu Landwirtschaft aus dem Jahr 2008 diesen Ansatz als zentral an, um Kleinbäuer:innen durch den ermöglichten Verkauf des Landeigentums den „Ausstieg aus der Landwirtschaft“ zu erleichtern. Endlich können sie ihr Land verkaufen, so die Idee, um dann in die Städte⁵ zu ziehen, in denen faktisch die Elendsviertel auf sie warten. Übertragbare individuelle Landtitel erhöhen jedoch oft die Gefahr, dass Kleineigentümer:innen und Gemeinden durch Druck von Agrar-Investor:innen oder Bergbaukonzernen verdrängt werden.

Trotzdem sind in der Geber-Logik gemeinschaftliche Landrechte inzwischen als Farbtupfer im Privatbesitz-Grau angekommen. Oft werden diese Bemühungen auch besonders ins Schaufenster gestellt – wie im Fall von Kambodscha und der Vergabe von Landtiteln an indigene Gemeinschaften.

... findet neue Mitstreiter für die Privatbesitzagenda

Die Entwicklungslogik des privaten Landeigentums findet mittlerweile aktive Unterstützung durch konzernnahe Stiftungen. Die *Thomson Reuters Foundation* in London, eine



Landpolitiken in der Entwicklungszusammenarbeit sind oft eurozentristisch ausgerichtet. (Foto: Roman Herre/FIAN)

gemeinnützige Stiftung des kanadischen Nachrichtenkonzerns *Thomson Reuters*, listet in ihrem Jahresbericht 2020 beispielsweise ‚Besitzrechte‘ als zentrales Thema auf – interessanter- und fälschlicherweise unter der Rubrik Menschenrechten. Die Stiftung wird unter anderem vom *Omidyar Network*, einer gemeinnützigen Organisation des eBay-Gründers finanziert. Das Netzwerk finanziert zudem unter ihrem thematischen Fokus ‚property rights‘ die *Land Portal Foundation*, das Netzwerk *Landesa* und den Globalen Besitzrechteindex *PRIndex*, allesamt Initiativen mit substantieller Beteiligung der Privatwirtschaft und teilweise eng verwoben mit der Entwicklungszusammenarbeit. Diese finanziell gut ausgestatteten Akteure verstärken damit die dominante Geberlogik weltweit.

Auf Überschuldung folgt Landverlust

Die *Weltbank* erklärt im oben genannten Bericht, dass der Nutzen von privatem Landbesitz und Landmärkten auch explizit darin liegt, Land als Sicherheit für Kredite zu nutzen. Das bringt uns zurück nach Kambodscha. Laut einer umfassenden Studie aus dem Jahr 2017, die unter anderem von der *Kreditanstalt für Wiederaufbau* (KfW) und dem BMZ finanziert wurde, sind in Kambodscha zwischen 28 Prozent und 50 Prozent der Kreditnehmer:innen überschuldet oder von Überschuldung bedroht. Die Studie belegt darüber hinaus, dass über die Hälfte der vergebenen Mikrokredite durch Landtitel besichert sind, was in dem Bericht als eine „ernsthafte Bedrohung“ für arme Haushalte bezeichnet wird. Angesichts dieser Befunde ist es

wenig überraschend, dass die Studie als ‚streng vertraulicher‘ interner Bericht abgelegt und der Öffentlichkeit vorenthalten wurde – bis zum Leak durch eine Insider:in im vergangenen Jahr.

Im August 2019 veröffentlichten die kambodschanischen Menschenrechtsorganisationen LICADHO und STT einen Bericht⁶, in dem sie aufzeigen, welche Konsequenzen Überschuldung, unzureichende staatliche Kontrollen und die Praxis der Einbeziehung von Landtiteln als Sicherheit für arme Kreditnehmer:innen haben. Die beiden NGOs dokumentierten zahlreiche Fälle von außergerichtlich erzwungenen Landverkäufen, Kinderarbeit und Schuldknechtschaft als Folge der Verschuldung bei *Mikrofinanz-Instituten* (MFI). Die kambodschanischen Behörden reagierten in gewohnter Manier: die dokumentierten Menschenrechtsverletzungen wurden als „isolierte Einzelfälle“ abgetan und die beiden NGOs unter Druck gesetzt, den Bericht offiziell zurückzuziehen. Auch die internationalen Investor:innen der kambodschanischen Mikrofinanzindustrie, darunter die KfW Förderbank, wiesen jede Verantwortung von sich.

Doppelter Landraub

Im Februar 2020 besuchte FIAN Gemeinden in der Provinz Kampong Speu, die vor zehn Jahren Opfer von illegalem Landraub im Zuge der Schaffung einer großen Zuckerrohrplantage geworden waren. FIAN begleitet den Fall seit 2010 und wollte sich ein Bild über die Verschuldungs-



Diskussion komplexer Landnutzungssysteme mit Gemeindemitgliedern in Kampong Speu. (Foto: FIAN)

situation der Vertriebenen machen. Laut Schätzungen eines Gemeindevertreters sind heute 80 bis 90 Prozent der über 1.000 Familien, die damals ihr Land verloren haben, verschuldet. Die Darlehen belaufen sich in der Regel auf 1.500 – 2.000 US-Dollar. Zahlreiche Familien haben auch erheblich höhere Kredite aufgenommen.

16 Personen aus drei Dörfern, die bei marktführenden Mikro- und Kleinkreditanbietern verschuldet sind, berichteten vom zum Teil aggressiven Vorgehen der Mikrofinanzangestellten bei der Eintreibung der Rückzahlungen. In einigen Fällen drohten sie damit, das Land, mit dem die Kredite besichert wurden, zu verkaufen. Viele Dorfbewohner:innen greifen zudem regelmäßig auf ‚Übergangskredite‘ von informellen Kredithaiern zurück, um die Rückzahlung der MFI-Kredite zu gewährleisten.

Fünfzehn der 16 Verschuldeten hinterlegten ihre Landtitel (von dem wenigen Land, das ihnen nach der Vertreibung geblieben war) als Sicherheit bei den Mikrokreditanbietern. Eine der befragten Frauen musste das letzte Stück Ackerland verkaufen, das ihrer Familie geblieben war. Nachdem ihr Mann erkrankt war, konnten sie ihre Schulden nicht mehr zurückzahlen. Der Gemeindevertreter von zehn Dörfern, die eine Kompensation für die illegale Vertreibung durch die Zuckerrohrplantage einfordern, berichtete, dass im Schnitt zwei bis drei Familien pro Dorf ihr Land aufgrund von Überschuldung verloren hätten. Unter den übrigen Familien sei die Angst vor dem Verlust ihres letzten Reisfelds oder Wohngrundstücks sehr groß. Viele Befragte gaben zudem an, dass sie durch die übermäßige Zins- und Rückzahlungslast den Gürtel so eng schnallen

müssten, dass sie oft kaum genug zu essen auf den Tisch bekommen.

Privateigentum trifft auf Wild-West-Kapitalismus

Private Landtitel als Investitionsmotor und Sicherheit für Kredite sollen den vorhandenen Reichtum der Armen – deren Land – finanziell nutzbar machen, quasi entfesseln. An dieser Logik des neoliberalen Ökonomen Hernand de Soto kleben bis heute die Entwicklungsnarrative der westlichen Geber. Laut de Soto liegt nämlich der Reichtum, d. h. das Land, brach, wenn es nicht als Kreditsicherheit genutzt werden kann. Dass es faktisch die Ernährungsgrundlage bildet und das Recht auf Nahrung sichert, wird hinten angestellt. Die akute Mikrofinanzkrise in Kambodscha zeigt die problematischen Aspekte – und Mitverantwortung der westlichen Geber – dieses Herangehens deutlich auf.

Menschenrechten in der Landpolitik Geltung verschaffen

Der Sprache der Geber hat sich in den letzten 20 Jahren verändert. Gemeinschaftliche Landtitel oder Landrechte von Indigenen sind heute Teil der Landpolitik der westlichen Geber. Auch in Kambodscha wurde versucht, die Titelvergabe an indigene Gemeinschaften zu verbessern. Jedoch sind die großen Strukturprozesse hin zu Privati-



Land und mehr zu verkaufen, Bild aus Kampot. (Foto: FIAN)

sierung – die Landtitelvergabe in Kambodscha – weiter ungebrochen.

Bei armen Bevölkerungsgruppen von Geschäftsrisiko zu sprechen, wie es auch in der EZ üblich ist, wird den Menschenrechten und der Tatsache, dass ein ganzer Blumenstrauß dieser Rechte eng mit Land verwoben ist, nicht gerecht. Dies gilt umso mehr, da eine Risikoabfederung wie beispielsweise Entschuldungsmechanismen im Mikrofinanzsektor, kategorisch abgelehnt wird oder soziale Sicherungsprogramme in den Ländern fehlen.

Tatsächlich hinkt die geschilderte Entwicklung der normativen Weiterentwicklung menschenrechtlicher Aspekte beim Thema Land deutlich hinterher. 2012 verabschiedeten die UN die in den Menschenrechten verankerten Landleitlinien⁷. Die 2018 von der UN-Vollversammlung verabschiedete Kleinbauernerklärung⁸ schreibt das individuelle wie auch gemeinschaftliche Recht auf Land für diese Gruppe fest. Damit erkennt das Völkerrecht dieser Gruppe ähnliche Rechte auf Land an, wie indigenen Gemeinschaften. Dies beinhaltet auch eine sozial verträgliche Verteilung von Land.

Die internationale EZ ist jedoch meilenweit davon entfernt, diese Normen und Rechte anzuwenden. Sie hat vielmehr ihre Unterstützung für Agrarreformen weitgehend eingestellt und setzt weiter überwiegend auf ihren mittlerweile mehrere Jahrzehnte alten Ansatz des privaten Landeigentums und der deregulierten Landmärkte.

Endnoten

- 1 Dies ist grob vergleichbar mit dem deutschen Rechtsbegriff ‚Besitz‘. Ein Beispiel: Eine Mieter:in besitzt eine Wohnung, kann sie aber nicht verkaufen. Dies kann nur die Eigentümer:in.
- 2 Worldbank (2001): Cambodia-KH-Land Management and ... @Administration Project: <https://documents1.worldbank.org/curated/en/920191468742481767/pdf/multi0page.pdf>
- 3 Siehe bspw. Informationen von FIAN Deutschland an den UN-Sozialausschuss in 2011: https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CESCR/Shared%20Documents/DEU/INT_CESCR_NGO_DEU_46_8544_E.pdf
- 4 GIZ (2016): Land in German Development Cooperation: Guiding Principles, Challenges and Prospects for the Future. Link: https://www.giz.de/de/downloads/giz2016_eng_Land_in_German_Development_Cooperation.pdf, S.19f
- 5 Der World Development Report 2008 spricht explizit auf Seite 138 von „leave for the cities“. World Bank (2008): World Development Report 2008: Agriculture for Development. Link: <https://elibrary.worldbank.org/doi/abs/10.1596/978-0-8213-6807-7>
- 6 LICADHO und STT (2019): Collateral damage. Land loss and abuses in Cambodia's microfinance sector. Link: https://www.licadho-cambodia.org/reports/files/228Report_Collateral_Damage_LICADHO_STT_Eng_07082019.pdf
- 7 FAO (2012): The Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the Context of National Food Security. Link: <https://www.fao.org/tenure/voluntary-guidelines/en/>
- 8 United Nations (2018): United Nations Declaration on the Rights of Peasants and Other People Working in Rural Areas. Link: <http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?Open&DS=A/HRC/RES/39/12&Lang=E>

Der Autor

Roman Herre ist Geograph und Agrarreferent der Menschenrechtsorganisation FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk (FIAN). Diese setzt sich für das Menschenrecht auf Nahrung und damit eng verbundene Landrechte weltweit ein.

Ziviler Ungehorsam in Myanmar braucht internationale Solidarität

Von Kay Yang

Die Bewegung des zivilen Ungehorsams (*Civil Disobedience Movement/CDM*) in Myanmar ist für den Friedensnobelpreis 2022 nominiert, vorgeschlagen von Wissenschaftler:innen der Universität Oslo. Sie sei eine beispielhafte Strategie zum Widerstand gegen die Machtübernahme durch das Militär. Unabhängig davon, ob CDM im nächsten Jahr ausgezeichnet wird oder nicht, braucht der anhaltende Kampf einer zurückweichenden Demokratie die Stimme der internationalen Gemeinschaft.

Bei den Wahlen in Myanmar im November 2020 waren trotz der Angst vor einer Ansteckung mit dem Covid-19-Virus rund 200.000 Mitarbeiter:innen¹ aus dem Grund- und Hochschulsektor in den Wahllokalen im ganzen Land im Einsatz. Als die Auszählung der Stimmen einen erdrutschartigen Sieg der amtierenden Regierungspartei, der Nationalen Liga für Demokratie (*National League of Democracy/NLD*), ergab, erhob die wichtigste Oppositionspartei, die *Union Solidarity and Development Party (USDP)*² die Beschuldigung, dass viele Lehrer:innen für die NLD seien und das Wahlergebnis in den Wahllokalen gefälscht hätten. Die *Myanmar Teachers' Federation*, die Lehrkräfte an Universitäten und Schulen vertritt, wies diese Anschuldigung zurück. Die Armee jedoch nutzte diesen Vorwurf und inszenierte am 1. Februar 2021 einen Staatsstreich.

Der oberste Militärführer, General Min Aung Hlaing, verkündete anschließend: „Es gab einen schrecklichen Betrug bei der Wählerliste während der demokratischen allgemeinen Wahlen“³ und beschuldigte Aung San Suu Kyi, die damalige Staatsrätin, und fünfzehn Beamt:innen des „Betrugs und gesetzloser Handlungen“. Die internationalen⁴ und nationalen Wahlbeobachter:innen⁵ wiesen die Vorwürfe des Wahlbetrugs zurück und bezeichneten die Entscheidung des Militärs, die Wahlergebnisse zu ignorieren, als „unhaltbar“. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Lehrer:innen und ihre Gewerkschaften an vorderster Front demonstrierten. Ihren Aufrufen zur Teilnahme an der Bewegung des zivilen Ungehorsams (CDM) schlossen



Lehrer:innen spielen im Widerstand eine zentrale Rolle. (Foto: Henri Myrntinen)

sich Beamt:innen aus verschiedenen Bereichen an. Für öffentliche Schulen und Universitäten bedeutet CDM, den Lehr- und Verwaltungsbetrieb einzustellen und die Anordnungen der Militärregierung, die sich Staatsverwaltungsrat (SAC) nennt, zu ignorieren.

Reformen und Repression

Trotz aller Formen des Widerstands verfolgt die Putschregierung ihr Ziel, das Wahlsystem vom Mehrheitswahl-



Demonstrant:innen rufen zu zivilem Ungehorsam auf. (Foto: Henri Myrntinen)

recht auf Verhältniswahlrecht umzustellen, da die derzeitige Verfassung den Sieg ihrer Vertreterpartei, der USDP⁶, nicht mehr begünstigt. Vierzig ethnische Parteien zeigten sich mit den vorgeschlagenen Ideen des Verhältniswahlrechts⁷ nicht einverstanden, solange das Militär seine bestehende Quote von 25% nicht gewählten Sitzen im Parlament beibehalten will. Das Militär ging verstärkt gegen die oppositionellen Kräfte vor, darunter auch Mitglieder des CDM. Seit Februar 2021 mussten viele von ihnen fliehen, da sie nach der Strafgesetz-Bestimmung 505A⁸ angeklagt wurden, welche Äußerungen unter Strafe stellt, die angeblich die Moral von Militärs oder Regierungsangestellten untergraben. Besonders betroffen waren Professor:innen und Dozent:innen, die als Gewerkschaftsführer:innen tätig waren. Im November 2021 wurden zwei Lehrer:innen vom Militär getötet.

Nichtsdestoweniger bleiben die Lehrer:innen die stärkste Kraft im kollektiven Widerstand. Den Statistiken der neuen Exilregierung zufolge beteiligen sich 410.000 Beamt:innen⁹ am CDM, und die Hälfte von ihnen kommt aus dem Bildungssektor. Die Fortführung des Boykotts ist allerdings sowohl für Lehrer:innen als auch Schüler:innen auf lange Sicht kostspielig, und die Mobilisierung von Ressourcen wird inmitten des rücksichtslosen Vorgehens des Regimes immer schwieriger. Obwohl die Bewegung von Anfang an Solidaritätsbekundungen aus internationalen akademischen Netzwerken erhalten hat, kann die Reaktion des Auslands diese Probleme nicht auffangen.

Monate des Bildungsboykotts spalten die Gemeinschaft

Im November 2021 ordnete der Staatsverwaltungsrat die Wiedereröffnung der Bildungseinrichtungen an. Trotz eskalierender Infektionen stimmte die Behörde zur Eindämmung der Corona-Pandemie dem zu. Während die Parallelregierung, die Regierung der Nationalen Einheit (NUG), immer noch zu CDM aufruft, kehrten einige Universitätsdozent:innen und Lehrer:innen an ihre Arbeitsplätze zurück. Sie fürchten Verhaftung oder Arbeitslosigkeit. Wenn sie ihre Familie versorgen müssen, ist es schwer, den Job aufzugeben. Wer die Arbeit wieder aufnimmt, muss damit rechnen, als Verräter:in der Widerstandsbewegung beschuldigt zu werden. Da der Widerstand auf Augenhöhe enormen Druck erzeugt, prangern Nutzer:innen der sozialen Medien Menschen, die nicht die Arbeit niederlegen, als Loyalisten der Junta an, unabhängig von ihren politischen Ansichten. Es ist auch eine Tatsache, dass viele Universitätsdozent:innen und Lehrer:innen familiäre Beziehungen zu den Militärs haben. Manche nutzen die Gelegenheit, um innerhalb der bestehenden Verwaltungsstruktur aufzusteigen.

Dieses Verhalten führt zu sozialen Spaltungen innerhalb der Bildungseinrichtungen und in den Beziehungen zwischen CDM- und Nicht-CDM-Gruppen. Die Regierung ent-

ließ diejenigen, die protestierten und beförderte diejenigen, die im Dienst blieben. Den Protest aufrechtzuerhalten bedeutet also, das bisherige Lebenswerk aufzugeben. Es ist schockierend, dass keine ausländische Geberorganisation, die in den letzten zehn Jahren die Bildungsreformen im Land unterstützt hat, die Rechte der Entlassenen thematisiert. Es ist ein enormer Verlust für die Nation, dass der Kapazitätsaufbau im Bildungssektor aus den letzten Reformjahren rückgängig gemacht wurde. Die unverhältnismäßigen Strafen des Militärs sollen signalisieren, dass diejenigen, die dem Regime nicht gehorchen, hart bestraft werden.

Grenzen der gegenseitigen Hilfe

Obwohl CDM zu Beginn der Frühlingsrevolution 2021 als Triumphruf anerkannt wurde, muss besonders im Bildungssektor überdacht werden, ob die Bewegung immer noch als Gegengewicht zur repressiven Junta funktioniert. Die Zukunft der Menschen, die sich in der Bewegung engagieren, bleibt düster, denn eine friedliche Beendigung des Konflikts ist nicht in Sicht. Vor allem im Hochschulbereich werden ihre Stellen intern neu vergeben, während freie Stellen auf den unteren Ebenen mit neuen Personen besetzt werden. Die öffentliche Wertschätzung für die CDM-Teilnehmer:innen nimmt aber, trotz der hohen Kosten für die Betroffenen, nicht ab.

Die NUG versucht mit verschiedenen Mitteln, wie dem Verkauf von Lotterie- und Staatsanleihen, CDM zu unterstützen. Obwohl diese Spendensammlung zu Beginn der Revolution in der Öffentlichkeit machbar war, setzte das Militär später harte Bestrafungen und Gefängnisstrafen durch. Inzwischen streiken landesweit etwa 200.000 Lehrer:innen¹⁰. Die meisten von ihnen wurden bereits von der Gehaltsliste gestrichen. Obwohl sie und ihre Familien angesichts der globalen Pandemie und des Konflikts, der immer mehr auch bewaffnet geführt wird, gefährdet sind, ist es schwierig, Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft zu erhalten. Die Spenden fließen derzeit eher in die Bekämpfung von Covid-19 und Notsituationen, wie humanitäre Hilfe für Binnenvertriebene oder die Beseitigung des Hungers. Bislang ist das internationale akademische Engagement für ihre Kolleg:innen in Myanmar minimal, obwohl einige Hochschulen sicher Interesse an einer Kooperation hätten.

Erschwerte Bedingungen für akademischen Austausch

Der akademische Austausch besteht eher im Aufbau ins-

titutioneller Beziehungen, die Lehre und Forschung einschließen. Diese Beziehungen sind schwer aufrechtzuerhalten, wenn die meisten qualifizierten Akademiker:innen Myanmars derzeit streiken. Zu Beginn der Bewegung stellten sich Akademiker:innen ausländischer Universitäten durch Solidaritätsbekundungen an die Seite der Menschen in Myanmar. Zu Anfang haben sie ihre Kolleg:innen auch mit Geld- und Sachspenden unterstützt, da diese keinen Lohn mehr erhielten und durch Inhaftierung oder Schikanen seitens der Putschisten bedroht waren.

Seit die Militärregierung jedoch strenge Beschränkungen für Finanztransaktionen, die angeblich dem CDM zugutekommen sollen, erlassen hat, ist eine direkte finanzielle Unterstützung der Bewegung aus dem Ausland fast unmöglich. Gleichzeitig bleibt diese Unterstützung eine Form von Wohltätigkeit, die schwierig aufrechtzuerhalten ist, da Universitäten nicht wie Entwicklungsorganisationen oder Agenturen funktionieren, die Netzwerke von Menschenrechtsverteidiger:innen unterstützen. Einige westliche Universitäten haben Forschungsstipendien für Student:innen, Akademiker:innen und Forscher:innen aus Myanmar zur Verfügung gestellt. Die Zahl derer, die das Land verlassen konnten, ist aber sehr gering. Eine Handvoll von ihnen wurde von Universitäten im Westen und in Nachbarländern wie Thailand aufgenommen. Es liegt auf der Hand, dass Forschungsstipendien und Ausbildungsmöglichkeiten nur denjenigen zur Verfügung stehen, die über gute Kontakte zu akademischen Einrichtungen im Ausland verfügen und die Anforderungen dieser Einrichtungen erfüllen können.

Reisebeschränkungen und die Pandemie

Selbst bei schon bestehenden Kooperationen wurde die Reaktion ausländischer Universitäten auf die plötzliche Krise durch die Corona-Pandemie erschwert, die ihre normalen Abläufe gestört hat. Obwohl es sinnvoll ist, die Beziehungen zu den Hochschulen in Myanmar aufrechtzuerhalten, stellt sich die Frage, wie externe Akteur:innen in solch chaotischen Notsituationen am besten helfen können. Selbst wenn finanzielle Mittel für Krisenbewältigung oder die Fortsetzung des akademischen Austauschs zur Verfügung stehen, sind Reisebeschränkungen durch die Pandemie ein weiteres Problem. Die Grenzkontrollen sind durch die Pandemie und den Putsch restriktiver denn je.

Gleichzeitig können die meisten Akademiker:innen in Myanmar das Land nicht frei verlassen, da sie einen Reisepass beantragen müssen. Das macht für diejenigen, die ohnehin auf der Flucht sind, die Ausreise nahezu unmöglich. Da Akademiker:innen im öffentlichen Bildungssektor nach dem Bildungsgesetz Myanmars (2014) als Beamten



Trotz der hohen Kosten für die Betroffenen, reißt die Unterstützung für die Streiks nicht ab. (Foto: Henri Myrntinen)

gelten, müssen sie für Reisen ins Ausland eine ministerielle Genehmigung einholen. Wer sich der Bewegung des zivilen Ungehorsams angeschlossen hat, hat keine Möglichkeit mehr zur Ausreise. Das SAC hat sogar denjenigen, die bereits an ausländischen Universitäten studieren, die Genehmigung entzogen und sie von der Liste der anerkannten Stipendiat:innen gestrichen¹¹.

Die Botschaften Myanmars wurden außerdem beauftragt, Informationen über Anhänger:innen der Bewegung im Ausland zu ermitteln. Darüber hinaus hat das SAC im Mai 2021 die streikenden Lehrkräfte sowohl im Grundschul- als auch im Hochschulbereich entlassen. Die meisten von ihnen bleiben entschlossen, ihren Widerstand fortzusetzen. Obwohl sie innerhalb von sechs Monaten bei ihrer Behörde Berufung einlegen konnten, um wieder eine volle Anstellung zu erhalten, entschieden sie sich für die Arbeitslosigkeit.

Möglichkeiten der Solidarität

In Folge dieser Einschränkungen konnten ausländische Universitäten nicht viel tun, um Solidarität mit ihren Kolleg:innen in Myanmar zu zeigen, die sich gegen die autoritäre Herrschaft stellen. Die Zusammenarbeit in der akademischen Welt liegt eher nicht im Aktivismus. Somit bietet der Streik wenig Grundlage für ein nachhaltiges Engagement. Selbst wenn aus individuellem Engagement

und Sympathie Kooperationen mit den Kolleg:innen aus Myanmar aufrecht erhalten werden sollen, fehlen die institutionellen Möglichkeiten, auf die Krise zu reagieren. Der Zugang zu Finanzmitteln, Kanäle für den Austausch von technischem Know-how und Raum für öffentlich-private Partnerschaften, die ein sinnvolles Engagement mit sozialen Bewegungen ermöglichen, sind in diesem Kontext einfach nicht vorhanden.

Ungeachtet der fehlenden Strukturen können internationale akademische und Forschungseinrichtungen immer noch eine wichtige Rolle bei der Information ihrer eigenen politischen Entscheidungsträger:innen und der Öffentlichkeit spielen, indem sie aktuelle kontextuelle Analysen liefern. Indem sie den Mut und die Selbstaufopferung der Menschen aus Myanmar vermitteln, können sie die Politik mit einem besseren Verständnis ausstatten. Akademische Kreise können auch versuchen, Einfluss auf die öffentliche Politik zu nehmen, damit diese dem Militär keine Legitimität verleiht.

Alte Narrative sind nicht mehr zeitgemäß

Das Ausmaß und die Dimension des Widerstands, den Myanmar heute erlebt, sind nicht mit den Ereignissen der Vergangenheit vergleichbar. Wissenschaftliche Erkennt-



Die Menschen Myanmars fordern, dass ihre Stimmen gehört werden.
(Foto: Henri Myrntinen)

nisse müssen durch diese neue Art des Widerstands gegen das mörderische Militär, welches willkürlich Verhaftete auf gesetzlose Weise tötet, neu bewertet werden.

Begünstigt durch den technologischen Wandel und die zunehmende Vernetzung innerhalb Myanmars und der Diaspora-Gemeinschaften auf der ganzen Welt, unterscheiden sich aktuelle Widerstandsbewegungen in vielerlei Hinsicht von den vorhergehenden. Die Menschen, die jahrzehntelang der Brutalität des Militärs ausgesetzt waren, zeigen nun weniger Toleranz und eine stärkere Bereitschaft zum Widerstand.

Das Narrativ des Militärs, dass Soldat:innen die alleinigen Hüter:innen der Interessen der Nation seien, wird durch ihre Brutalität und die Massentötungen, die Ähnlichkeiten mit den Erfahrungen der Rohingya aufweisen, in Frage gestellt. Ohne eine Änderung der bestehenden Machtdynamik, die der Junta die Oberhand gibt, wird die Aufnahme eines Friedens- oder Versöhnungsdialogs nur zu einer dauerhaften Dominanz des autoritären Regimes und einer erneuten politischen Krise führen, die sich auch auf die Nachbarländer auswirkt.

Um eine Verschiebung des Machtgleichgewichts zu erreichen, müssen auch Strategien des Volkswiderstands wie CDM rechtzeitig auf die sich abzeichnende Situation reagieren. Keine Taktik einer sozialen Bewegung hält ewig. Ihre Ansätze müssen sich an die Reaktion der Opposition und das ihnen innewohnende Momentum anpassen. Es ist

wichtig, dass die internationale Gemeinschaft ein tiefes Verständnis für die Nuancen der Krise in Myanmar entwickelt. Dazu muss sie die Sichtweise der Menschen hören, da diese letzten Endes das Fundament der Demokratie sind. Der Frieden kann nur dann von Dauer sein, wenn der Stimme des Volkes aufmerksam zugehört wird.

Endnoten

- 1 Swe Lei Mon (2020): USDP lawsuits target teachers who risked it all. Verfügbar unter: <https://www.frontiermyanmar.net/en/teachers-stung-by-suite-of-usdp-lawsuits/>
- 2 San Yamin Aung (2020): Myanmar Teachers' Groups to Defend Staff from Election Fraud Claims. Verfügbar unter: <https://www.irrawaddy.com/news/burma/myanmar-teachers-groups-defend-staff-election-fraud-claims.html>
- 3 Goodman, Jack (2021): Myanmar coup: Does the army have evidence of voter fraud?. Verfügbar unter: <https://www.bbc.com/news/55918746>
- 4 BBC (2021): Myanmar election: No evidence fraud in 2020 vote, observers say. Verfügbar unter: <https://www.bbc.com/news/world-asia-57144397>
- 5 La Prensa Latina (2021): International observers reject Myanmar military's election fraud allegations. Verfügbar unter: <https://www.laprensa-latina.com/international-observers-reject-myanmar-militarys-election-fraud-allegations/>
- 6 Htoo Thant (2019): USDP to seek 'proportional representation' if it wins in 2020. Verfügbar unter: <https://www.mmmtimes.com/news/usdp-seek-proportional-representation-if-it-wins-2020.html>
- 7 Radio Free Asia (2021): PR UEC. Verfügbar unter: https://www.rfa.org/burmese/program_2/forty-political-parties-reject-pr-system-11042021062902.html
- 8 Centre for Law and Democracy (2021): Myanmar: Analysis of the Military's Changes to the Penal Code. Verfügbar unter: <https://www.law-democracy.org/live/myanmar-analysis-of-the-militarys-changes-to-the-penal-code/>
- 9 Mizzima Daily (2021): Facebook Livestream. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/MizzimaDaily/videos/511044583326309>
- 10 Mizzima Daily (2021): Facebook Livestream. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/MizzimaDaily/videos/511044583326309/>
- 11 Interview mit einem:einer in der Bewegung aktiven Professor:in, 25 Oktober 2021.

Die Autorin

Kay Yang ist eine Wissenschaftlerin aus Myanmar.

Kulturelle Dekolonialisierung für eine gleichberechtigte Entwicklung

Von Ade Tanesia Pandjaitan



Beispiel der Wasserversorgung in einem ärmerem Stadtviertel Yogyakartas, Jetis Harjo Village. (Foto: Arif Rahman Saleh)

Entwicklung beschreibt den Wunsch und die Bemühung, ein wohlhabenderes Land zu schaffen. In Indonesien wurde der Entwicklungsjargon zum Schwerpunkt des Regimes der ‚Neuen Ordnung‘ unter Präsident Suharto.

Nach dem ‚Kalten Krieg‘ bestand die Polarisierung der Welt nicht mehr zwischen dem westlichen und dem östlichen Block, sondern zwischen entwickelten bzw. reichen Ländern und ‚Entwicklungsländern‘ bzw. armen Ländern, die oft als Länder des Nordens und Länder des Südens bezeichnet werden. Diese Einteilung basiert auf dem wirtschaftlichen und technologischen Niveau, welches die

Machtverhältnisse so erscheinen lässt, dass die nördlichen Länder oder die Länder der ‚ersten Welt‘ die ‚Entwicklungsländer‘ unterstützen und ihnen helfen müssen. Diese müssen an die Globalisierung und das moderne Zeitalter herangeführt werden. Daher ist Entwicklung das Schlüsselwort für ‚Entwicklungsländer‘, um den ‚Rückstand‘ aufzuholen. Das Konzept des ‚Rückstands‘ ist ebenfalls eine westliche Perspektive, die auch die Sichtweise von ‚Entwicklungsländern‘ prägt, wenn sie sich selbst betrachten. Das Konzept des ‚Rückstands‘ unterscheidet sich dabei nicht im Geringsten vom kolonialen Paradigma, welches das kolonisierte Land als ‚rückständige‘ Nation betrachtet.



Illustration des Familienprogramms der indonesischen Regierung

Das Top-down-Entwicklungsmodell der ‚Neuen Ordnung‘

Unter dem Suharto-Regime trieb Indonesien seine Entwicklung durch Kredite der Länder des Globalen Nordens voran. Das umgesetzte Entwicklungsmodell war von oben nach unten ausgerichtet; Menschen wurden nur als Objekte betrachtet.

Das Familienplanungsprogramm, welches das Regime der ‚Neuen Ordnung‘ zwischen 1970 und Ende 1990 durchführte, zielte beispielsweise darauf ab, die Geburtenrate zu senken. In dieser Zeit war das Programm sehr erfolgreich, da es von allen Strukturen des Staates direkt unterstützt wurde. Dazu gab es große finanzielle Unterstützung aus dem Ausland und von der *Weltbank*. Zwischen 1970 und 1980 wurde das Nationale Familienplanungsprogramm unter dem Slogan ‚Management for the People‘ durchgeführt, wobei die Regierung aufgrund der zunächst geringen Mitwirkungsbereitschaft der Bevölkerung später mehr Initiative ergriff. Der Grund war, dass dieses Programm hauptsächlich auf die Verminderung der Geburtenrate ausgerichtet war und seine Umsetzung nicht demokratisch legitimiert war, zumal die *Tentara Nasional Indonesia* (TNI, die indonesischen Streitkräfte) und die Polizei an der Umsetzung der landesweiten Familienplanung beteiligt waren.

Aufgrund seiner Zielorientierung, der Verhütung, führte dieses Programm in der Praxis häufig zu einer Polarisierung der Gesellschaft, da die Regierung seine Umsetzung bis auf die Gemeindeebene kontrollierte. Und nicht jede:r unterstützte das Programm. Der Staat nutzte die Unterbezirkseinheiten, indem er *posyandu* (integrierte Gesundheitszentren) einrichtete, die in der Regel von Frauen geleitet wurden. Die *posyandu* handelten schließlich als staatliche Agenten. Ihre Aufgabe war es, die Frauen in der Gegend zu beraten bzw. konkreter sie dazu zu bringen, Verhütungsmittel zu verwenden, und dies zu dokumentieren. *De facto* war dies eine Form des staatlichen Eingriffs in den Körper der Frauen.

Im Laufe der Zeit änderte sich die Umsetzung dieses ‚Top-Down‘-Ansatzes zur Familienplanungsbewegung der 1980er Jahre. Das Politikmuster für das nationale Familienplanungsprogramm änderte sich hin zu der Maxime ‚Management with the People‘. Das Zwangselement wurde reduziert, und die Frauen konnten frei wählen, wie sie verhüten wollten. Der Druck zu verhüten blieb aber.

Ändert ein Methodenwechsel das Paradigma?

Unter Einbeziehung verschiedener Lerneffekte werden die Methoden in der Entwicklungszusammenarbeit stetig verändert. Lokale NGOs übten Kritik an den Auswirkungen von Entwicklungsmethoden und -techniken wie dem ‚Top-Down‘-Ansatz gegenüber dem ‚Bottom-Up‘-Ansatz. Der partizipative Ansatz wurde dabei zur populärste Methode.

Die ‚Pariser Erklärung‘ von 2005, an der verschiedene ‚Entwicklungsländer‘ beteiligt waren, legte einen Fahrplan zur Verbesserung der Qualität der Hilfe fest. Sie enthält 56 Partnerschaftsverpflichtungen und basiert auf fünf Grundsätzen, die die Wirksamkeit der Hilfe erhöhen sollen: Eigenverantwortung, Partnerausrichtung, Harmonisierung, Ergebnisorientierung und gegenseitige Rechenschaftspflicht.¹

Die Hilfe der Geberorganisationen aus Ländern des Nordens bezieht sich in der Regel auf die ‚Pariser Erklärung‘. Doch was sind die Herausforderungen bei der Umsetzung der von internationalen Geberorganisationen finanzierten Entwicklung? Der Ansatz der Gemeinschaftsbeteiligung zur Stärkung des sozialen Kapitals, um Unabhängigkeit und nachhaltige Entwicklung zu schaffen, ist ein gutes Verfahren. Dennoch muss kritisch betrachtet werden, ob die Gemeinschaftsbeteiligung tatsächlich eher ein Regulierungsversuch ist. Ist die Partizipation letztlich darauf beschränkt, die von den Geberorganisationen entworfenen Programme zu glätten? Denn Geberorganisationen und lokale NGOs fokussieren sich normalerweise auf bestimmte Themen oder Bereiche in ihren Programmplänen.

Bei der Umsetzung des Programms arbeiten die Geberorganisationen in der Regel eng mit lokalen NGOs zusammen. In Ausschreibungen der *Weltbank* beispielsweise lautet eine Bestimmung, dass die Partner über ausreichende Eigenmittel verfügen müssen. Die Schwerpunkte der Unterstützung werden von den Geberorganisationen festgelegt, z. B. Gesundheit, Abwasserentsorgung, Demokratisierung, Informationsfreiheit oder Umweltfragen.

Die lokalen NGOs folgen in der Regel der allgemeinen politischen Linie der Geberorganisation. Sie helfen zwar bei der Ausarbeitung des Programms, verwalten und führen

es bis zur Evaluierung durch, aber die thematische Ausrichtung wird weiterhin von der Geberorganisation bestimmt. So haben beispielsweise zu Beginn der *Reformasi* (die Zeit nach dem Rücktritt Suhartos und dem Ende der ‚Neuen Ordnung‘) viele Geber Mittel für Demokratisierungszwecke bereitgestellt, woraufhin die lokalen NGOs ihre Arbeit daran orientierten.

Diese Art von Beziehungsmodell sorgt für eine starke Abhängigkeit der lokalen NGOs von den Mitteln der Geberorganisationen. Die Planung des gewünschten Wandels mit einem engen Zeitrahmen stellt oft ein Problem dar, da sozialer Wandel selten in einem bestimmten Zeitrahmen gemessen werden kann. Zwei Beispiele aus Programmen der *Weltbank* und *USAID* zeigen, wie das Paradigma des Kolonialismus bei der Durchführung von Entwicklungsmaßnahmen auf verschiedenen Ebenen fortbesteht.

Greenback: Weltbank-Zuschussprogramm

Greenback war ein Programm, das durch einen Zuschuss der *Weltbank* unterstützt und von 2015 bis 2018 in Ost-Lombok durchgeführt wurde. Hierfür wurden drei Dörfer ausgewählt, in denen die meisten Menschen als Feld- oder Tabakbäuer:innen arbeiten. Viele arbeiten auch im Ausland: Frauen oft als Haushaltshilfe in arabischen Ländern und Männer auf Ölpalmen-Plantagen in Malaysia. Die Wanderarbeiter:innen schicken ihr Geld häufig über Botinnen und Boten, direkt in ihr Dorf. Es gibt jedoch auch illegale Geldtransferdienste (über jemanden, der ein Konto besitzt), bei denen hohe Überweisungs- und Empfangsgebühren erhoben werden. Wanderarbeiter:innen, die diesen Dienstleistern ihr Geld anvertrauen, sind in der Regel mit digitalen Zahlungsmethoden nicht vertraut und riskieren Verluste, z. B. durch Diebstahl, oder Veruntreuung.

Greenback ist ein Interventionsprogramm, das darauf abzielt, die Auslandsüberweisungen von Wanderarbeiter:innen in ihre Heimatländer effizienter zu gestalten und transparentere Systeme zu nutzen. Die Zahl der indonesischen Arbeiter:innen im Ausland beträgt ca. neun Millionen. Die Summe der Rücküberweisungen nach Indonesien ist sehr hoch und lag 2019 bei etwa 11,7 Milliarden US-Dollar.² Dieses Programm zielt im Wesentlichen darauf ab, die Menschen zu ermutigen, regulierte Finanzdienstleister wie Banken, Bankagenten, E-Geld und digitale Geldbörsen zu nutzen, wenn sie Transaktionen wie Überweisungen oder Sparanlagen vornehmen.

An der Umsetzung dieses Programms ist die lokale NGO *Human Resources Development Institute* beteiligt. Ihre Aufgabe besteht in der Entwicklung von Modulen, der Vorbereitung und Bewertung von Schulungen und der Eva-



Glückliche ‚Begünstigte‘: Fotomaterialien dokumentieren den Projektverlauf, zumeist positiv. (Foto: USAID, IUWASH)

luierung des Programms. Von Anfang an wurden die Gemeinden in die Umsetzung des Programms einbezogen, aber die größte Herausforderung sind die Menschen selbst.

Die meisten von ihnen sind Bäuer:innen, die häufig ihre Häuser verlassen und tagelang auf den Feldern schlafen. Sie verdienen wenig und bewahren ihr Geld zu Hause auf, z. B. unter der Matratze oder in Bambusstäben. Es ist nicht einfach, die Einstellung der Menschen zu ändern und sie davon zu überzeugen, ihr Geld einer Bank anzuvertrauen statt es selber zu verwahren. Für die Dorfbewohner:innen sind Bankgeschäfte ein großes Hindernis, weil es Zeit und Mühe kostet, das Geld abzuholen, wenn es gebraucht wird. Viele sprechen die lokale Sprache Sasak; einigen fällt es schwer Indonesisch zu lesen und zu verstehen, besonders auch bei Bankanweisungen.

Eine von der *Weltbank* durchgeführte Wirkungsstudie hat ergeben, dass die Menschen mittlerweile bereit sind, Bankdienstleistungen anzunehmen und sich sogar auf Bankagent:innen zu verlassen. Einige Menschen, die früher kein Bankkonto besaßen und nur einer Person im Dorf vertrauten, um Überweisungen aus dem Ausland zu erhalten, gehen nun zur Bank, um die Überweisungen abzuholen. Die Zahl der Bankagent:innen im Dorf hat zugenommen, weil sie von der Auszahlung der Mittel des Sozialministeriums für Dorfgemeinschaften profitieren können, die ein Familienprogramm des Ministeriums anbietet. Hierbei kann jede:r Begünstigte freiwillig einen kleinen Geldbetrag (1.000 – 5.000 Rupiah., etwa 6 – 12 Eurocent) aus dem Programm dem Bankagenten bzw. der Bankagentin geben, der bzw. die bei der Auszahlung geholfen hat, – was oft vorkommt.³

IUWASH PLUS: Programm für technische Hilfe der United States Agency for International Development (USAID)

Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit wie USAID beeinflussen bilaterale Kooperationen und politische Diplo-



Toiletten verbessern die Hygiene, und sind in Projekten gut messbare Einheiten.
(Foto: Arif Rahman Saleh)

matie des Landes gleichermaßen. Jede Partnerschaft läuft unter Einbeziehung der Regierung. *Indonesia Urban Water, Sanitation and Environmental Hygiene for All* (IUWASH PLUS) war ein USAID-Programm zur Unterstützung der indonesischen Regierung bei der Verbesserung des Zugangs zu Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsdiensten sowie bei der Verbesserung wichtiger Hygienemaßnahmen für arme und gefährdete Bevölkerungsgruppen in den Städten.

Das Programm wurde fünf Jahre lang in 35 indonesischen Städten und Bezirken durchgeführt. IUWASH PLUS bietet technische Hilfe für vier Komponenten an: für die lokale Regierung, die Gemeinde, die Finanzierung und auch die nationale Regierung. In der Praxis vergibt USAID für die Durchführung des Programms Aufträge an Privatfirmen, bei denen es sich in der Regel um US-amerikanische Unternehmen handelt. Die Partner von USAID müssen mit lokalen Unternehmen zusammenarbeiten und ein Konsortium bilden. Zu den Ergebnissen dieses Programms gehört, dass 500.000 Familien Zugang zu Trinkwasser und sanitären Einrichtungen erhalten haben. Man hofft, dass die Gemeinden physische Einrichtungen wie Infiltrationsbrunnen, sanitäre Anlagen und Trinkwasserleitungen bekommen werden. Und es wird davon ausgegangen, dass eine verbesserte Infrastruktur zu einer Verhaltensänderung führen wird, z.B., dass Menschen, die bisher den Fluss für ihre Notdurft benutzt haben, nun ihre eigene Toilette im Haus aufsuchen werden. Die Zielgruppe sind dabei die Menschen mit den niedrigsten Einkommen.

Für die Planung auf der Gemeindeebene wurde von der Regierung der offizielle Weg über eine *Musrembang* (Entwicklungsplanungsberatung) gewählt. Dieses Programm motiviert die Gemeinde jedoch auch dazu, ihre eigenen

Pläne, die so genannten ‚Community Work Plans‘, zu erstellen. Diese Arbeitspläne werden dann in *Musrembang* integriert. Zur Finanzierung nutzt IUWASH PLUS neben Mitteln des Bezirks, der Stadt oder Provinz auch *Corporate Social Responsibility* (CSR)-Mittel von Unternehmen, Gemeindefonds oder Mikrokredit-Instituten. Bislang werden die Gelder der Dörfer in der Regel für die Straßeninfrastruktur ausgegeben, daher setzt sich IUWASH PLUS auch für die Grundversorgung (Trinkwasser und Abwasserentsorgung) ein.

Eine Herausforderung bei der Umsetzung des Programms sind die Gewohnheiten der Gemeinde. Die Bewohner bauen ihre Toiletten normalerweise im Freien, so dass es schwierig ist, sie davon zu überzeugen, Toiletten

in ihren Häusern zu installieren. Einige Bewohner denken, dass die Toilette außerhalb des Hauses stehen sollte, weil sie als schmutzig gilt. Obwohl es in Häusern eine Latrine gibt, gehen viele nachts immer noch nach draußen, auch wenn der Fluss dadurch verschmutzt werden kann.

Das IUWASH PLUS-Programm endet mit messbaren Ergebnissen, wie z.B. Regierungsvorschriften, festgelegten Standardvorgehensweisen und dem Bau von Anlagen, berücksichtigt aber nicht den Grad der Nutzung und Umsetzung dieser Ergebnisse. Das sollte dann die lokale Regierung weiterverfolgen, doch dies geht über die Programmziele und -dauer hinaus. Die Teams der Programme versuchen manchmal selbst diese Entwicklung anzustoßen, indem sie die Regierung auffordern, einen Folgeplan zu entwickeln.⁴

Zielgruppe einbeziehen

Ausgehend von den beiden oben genannten Fällen der Programmdurchführung hat sich das Paradigma der ‚Top-down‘-Entwicklung der Ära der ‚Neuen Ordnung‘ in der Tat zu einem ‚Bottom-up‘-Konzept mit verschiedenen partizipativen Methoden gewandelt, welche die Zielgruppe von der Planung an einbeziehen. Der Wechsel zu partizipativen Methoden bedeutet jedoch nicht zwangsläufig einen Wechsel zu einem demokratischeren Entwicklungsparadigma. Der partizipative Ansatz wird lediglich verfolgt, um die von den Geberorganisationen formulierte Programmpolitik zu unterstützen. Im *Greenback*-Programm gibt es mehrere Hinweise darauf, dass das Paradigma des Kolonialismus fortbesteht.

Dies wird erstens durch die Annahme verdeutlicht, dass die Spargewohnheiten der Menschen schlecht sind und korrigiert werden müssen. Zweitens wird, unter der Annahme, dass die gängige Sparmethode riskant ist, eine nicht verhandelbare Lösung präsentiert, nämlich die als effizienter gesehene Bankeinlage. Die Einbindung der Gemeinschaft dient in diesem Fall also nur dem Erfolg des Programms, nicht der gemeinsamen Lösungsfindung mit der Zielgruppe. Wie üblich sind die Programme der Geberorganisationen zeitlich begrenzt, sodass es schwierig ist, die Nachhaltigkeit ihrer Fortschritte zu bewerten. Bei diesem Programm arbeitet die *Weltbank* mit lokalen NGOs zusammen, die für die Umsetzung und Überwachung des Programms zuständig sind. Sobald das Programm jedoch ausläuft, werden diese Maßnahmen nicht fortgeführt.

Auch Entwicklungsprogramme, die in Partnerschaft mit der Regierung stattfinden, sind nicht unproblematisch. Viele Probleme müssen holistisch von verschiedenen Seiten aus gelöst werden, was eine interministerielle Zusammenarbeit erfordert. Diese Synergie ist nicht einfach, nicht nur aus verwaltungstechnischen Gründen, sondern auch weil die Perspektive auf einige Themen nicht ganzheitlich ist. Die Ausrichtung von Programmen auf bestimmte, erfassbare Maßnahmen mit der Perspektive, den ‚Rückstand‘ aufzuholen, ignoriert oft die kulturellen Umstände der jeweiligen Zielgruppe. Kultur ist in diesem Fall die Perspektive oder Denkweise der Gemeinschaft gegenüber ihrer Lebensumstände.

Es wäre mehr ethnologische Forschung erforderlich, damit ein Programm gezielter umgesetzt werden kann. Entwicklung sollte daher kontextbezogen erfolgen. Allerdings ist die Erforschung von Kulturen in der Regel sehr zeitintensiv, während ein Programm eine vorgegebene Dauer hat. Dieser Zeitdruck führt häufig dazu, dass Entwicklungsprogramme nicht durchgeführt werden können oder nicht nachhaltig sind. Im Fall von IUWASH PLUS sollte die Nachhaltigkeit des Programms im Hinblick auf die Nutzung der geschaffenen Einrichtungen weiterhin überprüft werden. Nicht alle Kommunalverwaltungen verfügen über das nötige Bewusstsein dafür. Außerdem werden Programme oft nicht fortgesetzt, wenn es Wechsel in Führungspositionen gibt. Dadurch bleibt der Entwicklungsprozess oft unvollständig und auf halbem Wege stecken.

Solidarität schaffen

Ein positiver Effekt dieser verschiedenen Entwicklungsprogramme ist das Entstehen von Akteuren des Wandels an der Basis. Die Ausbildung lokaler Akteure durch die meisten Geberorganisationen ist eine gute Investition. Von ihnen wird erwartet, dass sie die erwarteten Veränderungen umsetzen und nicht zu einer neuen ‚Elite‘ werden, deren

Beziehungen zu den Bürger:innen nicht gleichberechtigt sind. Ihre Netzwerke sind jedoch auf die lokale Ebene begrenzt, während die Lösung neuer Probleme, mit denen ihre Gemeinden konfrontiert sind, viel Unterstützung und Solidarität erfordert. Es wäre von Vorteil, wenn diese Akteure des Wandels in ihren Netzwerken auf nationaler und internationaler Ebene gestärkt würden, um gegenseitige Solidarität zu schaffen.

Die Gleichstellung im Entwicklungsprozess ist keine leichte Aufgabe. Sie erfordert ein ausgeprägtes kritisches Bewusstsein der Gemeinschaft und Vertrauen darauf, dass diese ihre lokalen kulturellen Instrumente zur Bewältigung der Probleme einsetzen, mit denen sie konfrontiert sind. Diese Ungleichheit tritt auf jeder Ebene der Programmdurchführung auf, sei es zwischen Geberorganisationen, der Regierung, lokalen NGOs und den betroffenen Gemeinschaften, die auch in sich schon verschiedene Gruppen und Machtgefälle aufweisen. Auf internationaler Ebene sollten die nördlichen Länder eine demokratischere Perspektive einnehmen, um die Kultur der südlichen Länder zu verstehen. Meiner Meinung nach ist das koloniale Paradigma immer noch sehr stark ausgeprägt, bleibt aber auf verschiedenen Ebenen subtil. Die Dekolonialisierung der Entwicklungskultur muss von allen Entwicklungsakteur:innen selbst vorangetrieben werden.

Übersetzt aus dem Englischen von Simon Kaack

Endnoten

- 1 Pariser Erklärung über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (2005): <https://www.oecd.org/dac/effectiveness/45827300.pdf>, deutsche Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD: <https://www.oecd.org/dac/effectiveness/35023537.pdf>
- 2 Daten der Weltbank, online verfügbar unter: <https://data.worldbank.org/indicator/BX.TRF.PWKR.CD.DT?locations=ID>
- 3 Interview mit Ningsih Handayani, Verantwortliche des Greenback Programms der Weltbank.
- 4 Interview mit Kartika Hermawati, eine der Verantwortlichen des USAID's IUWASH PLUS Programms.

Die Autorin

Ade Tanesia Pandjaitan arbeitet als freiberufliche Beraterin und Autorin in Indonesien. Sie hat für verschiedene Medien gearbeitet und leitete gemeindebasierte Medien- und Kunstprogramme. In den letzten vier Jahren arbeitete sie im Kulturbereich und unterstützte kulturelle Gemeinschaften und Lokalregierungen über die *Indonesiana*-Plattform.



Zur Illustratorin

Karina Tungari kommt aus Indonesien und lebt zurzeit in Hamburg. Sie gestaltet Graphic Essays und arbeitet als freiberufliche Illustratorin.

Über antiasiatischen Rassismus in Deutschland sprechen

Von Alena Höfer

Antiasiatischer Rassismus in Deutschland ist seit der Corona-Pandemie in der breiteren Öffentlichkeit zum Thema geworden. Was sind antiasiatische Rassismen? Wie äußern sie sich im Alltag und in unseren Strukturen? Wie können wir uns diesen Rassismen entgegenstellen?

Mit Beginn der Corona-Pandemie kommt es in Deutschland zu einem starken Anstieg antiasiatischer rassistischer Gewalt. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat im Mai 2020 einen Bericht über Diskriminierungen in der Corona-Krise veröffentlicht. Daraus geht hervor, dass asiatisch gelesene Menschen vermehrt rassistische Äußerungen auf der Straße bis hin zu ernsthaften Drohungen und körperlichen Übergriffen erfahren haben. Betroffene berichten, dass sie in Geschäften nicht bedient wurden und Hassbotschaften aus der direkten Nachbarschaft oder im Arbeitskontext erhielten.¹

Zahlreiche antiasiatische Rassismen finden sich auch in der Berichterstattung über Corona und werden dadurch verbreitet. So reflektiert der Verein *korientation e.V.* gesellschaftskritisch asiatische Repräsentationen in Kultur, Medien und Politik aus asiatisch-deutschen Perspektiven, indem er unter anderem auf seiner Homepage antiasiatisch-rassistische Medienberichte sammelt und analysiert.²

Auf der Titelseite des Spiegels vom 1. Februar 2020 ist zum Beispiel eine asiatisch gelesene Person abgedruckt. Sie trägt einen roten Umhang, eine Schutzbrille, eine Gasmaske und Kopfhörer. Der Blick ist auf ein Handy gerichtet. Die dazugehörige Überschrift lautet: »Corona-Virus. Made in China. Wenn die Globalisierung zur tödlichen Gefahr wird«. Dabei sind die Worte *Made in China* größer und in gelber Farbe gedruckt. *korientation* schreibt in der Reflexion: „Der Aufmacher in großen, gelben Buchstaben »Made in China« spielt mit der kolonial-rassistischen Vorstellung der »Gelben Gefahr« aus dem »Osten« und löst diskriminierende Assoziationen zu minderwertiger Qualität und

Massenproduktion aus. China wird damit als Produktionsstätte eines tödlichen Virus dargestellt und seine gesamte Bevölkerung als Krankheitsträger*innen – die Liste der Beispiele für rassifizierende Berichterstattung zum Coronavirus ist lang.“³

Diese und andere rassistische Darstellungen in deutschen Medien lösten in der asiatisch-deutschen Bevölkerung und unter deutschen Bürger:innen im allgemeinen Empörung und Gegenwehr aus. So nutzten zum Beispiel Aktivist:innen in den sozialen Medien Hashtags wie #ichbinkeinvirus oder #AntiAsianRacism, um auf antiasiatische Rassismen aufmerksam zu machen.

Rassifizierte Berichterstattung und die Schuldzuweisungen gegenüber China in Zeiten der Pandemie befeuerten weltweit antiasiatische Stimmungen in der Bevölkerung. Ein Beispiel dafür ist das Attentat in der US-amerikanischen Stadt Atlanta. Am 16. März 2021 wurden acht Menschen, darunter sechs asiatisch-amerikanische Frauen in drei Massagesalons von einem *weißen* Mann aus rassistischen und sexistischen Motiven erschossen. Thi Minh Huyen Nguyen (Journalistin, Autorin) betont, dass der Anschlag auch für uns in Europa von Relevanz ist, weil er Sinnbild für zahlreiche Morde an asiatisch assoziierten Personen ist, die wenig mediale Aufmerksamkeit hierzulande erhielten und damit die Ernsthaftigkeit der Situation aufzeigt.⁴

Antiasiatische Rassismen gibt es in Deutschland nicht erst seit der Pandemie, sie haben eine lange Geschichte. Beginnend mit der Kolonialgeschichte Deutschlands in China, Samoa und Neu-Guinea entsteht ein Bild von Asien, das durch eine Homogenisierung eines vielfältigen Kontinents geprägt ist. Darin werden rassistische Stereotypisierungen und Diskriminierungen gefördert.

Die Migration aus asiatischen Ländern nach Deutschland ist ebenfalls von Rassismuserfahrungen geprägt. Im Nationalsozialismus wurden in Deutschland lebende,

asiatisch gelesene Menschen interniert, zur Zwangsarbeit gezwungen und ermordet. Die Pogrome in Hoyerswerda 1991 und Rostock-Lichtenstein 1992 sind ebenso Ausdruck dieses kontinuierlich unthematisierten antiasiatischen Rassismus in Deutschland.⁵

Die Corona Berichterstattung, das Aufflammen anti-rassistischer Bewegungen weltweit wie auch der Aktivismus der deutsch-asiatischen Gemeinschaft rücken das Thema endlich in die Öffentlichkeit.

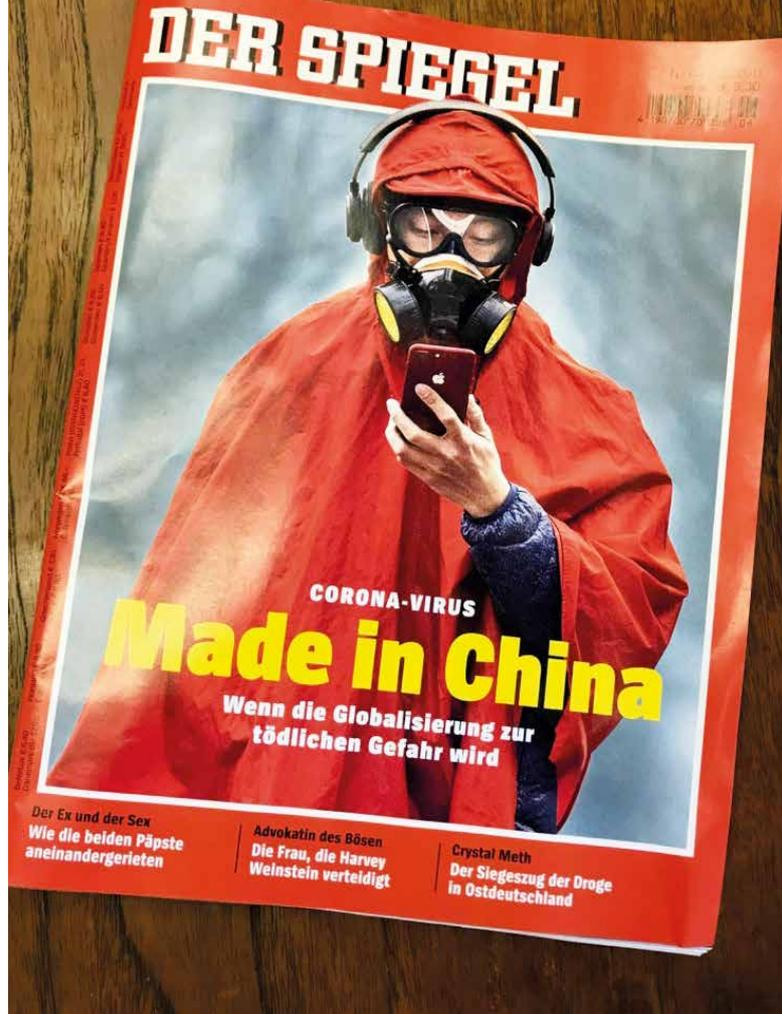
Der tiefe Graben zwischen Fremd- und Selbstbeschreibungen

Wer sind Asiatisch-Deutsche? Anhand dieser Frage lässt sich der Zusammenhang von Alltagsrassismus und strukturellem Rassismus erklären. Als *asiatisch* werden in Deutschland primär Menschen ostasiatischer Herkunft gelesen. Menschen aus dem südost- oder zentralasiatischen Raum hingegen erfahren Rassismus z.T. analog zu Schwarz gelesenen Personen. Menschen aus dem Nahen Osten, der auch zu Asien gehört, werden aus dem Diskurs über antiasiatischen Rassismus ausgeschlossen. Ihre Erfahrungen werden im Bereich des antimuslimischen Rassismus thematisiert, wie zum Beispiel bei dem Anschlag in Hanau am 19. Februar 2020.⁶ Dadurch werden andere Religionszugehörigkeiten und Rassismuserfahrungen aus dem Nahen Osten nicht gesehen. Hier zeigt sich, wie sich strukturelle Kategorisierungen von Menschen aufgrund bestimmter Merkmale auf die Erfahrung von Rassismus im Alltag auswirken.

Diese Kategorisierungen sind meistens Fremdzuschreibungen. Wer asiatisch-deutsch ist oder als asiatisch gelesen wird, bestimmt also die Mehrheitsgesellschaft und nicht die Betroffenen selbst. Dagegen wehrt sich die asiatisch-deutsche Community und dekonstruiert diese Fremdbestimmungen.

Einerseits führt der strukturelle antiasiatische Rassismus dazu, dass asiatisch-deutsch zur politischen Selbstbezeichnung wird, um als Gruppe überhaupt auf Rassifizierungen und kulturelle Essentialisierungen aufmerksam machen zu können.⁷ Andererseits sind in der Gruppe die Selbstbeschreibungen individuell und vielseitig. Sie hängen auch von der jeweiligen Lebensgeschichte und Verortung ab.

Gerade wenn Fremdbeschreibungen mit dem eigenen Selbstverständnis nicht übereinstimmen, kann es zu Konflikten kommen. Vor allem Jugendliche, die in verschiedenen kulturellen Kontexten aufwachsen oder die mit einer anderen Kultur identifiziert werden als sie sich selbst zuordnen, stehen vor der besonderen Aufgabe der Aushandlung von Identität. In einer Umwelt, in der es keinen Raum



Spiegel-Titelseite vom 1. Februar 2020. (Foto: korientation e. V.)

für sensible Identitätsentwicklungen und Aufarbeitung gibt, kann der erlebte Rassismus und das Auseinanderklaffen von Fremd- und Selbstbeschreibung zu Identitätskonflikten bis hin zu psychischen Erkrankungen führen.⁸

Der Mythos der Vorzeigemigration

In Europa und den USA werden vor allem aus dem östlichen Asien migrierte Personen als Vorzeigemigrant:innen bezeichnet. Dahinter verbirgt sich das Bild einer als besonders erfolgreich bewerteten Integration. Vorzeigemigration beinhaltet den Anspruch, sich dem dominierenden gesellschaftlichen System bestmöglich anzupassen (Assimilation). Mit Fleiß und Strebsamkeit erarbeiten sich Vorzeigemigrant:innen hohe Bildungsabschlüsse, beweisen sich auf dem Arbeitsmarkt und fügen sich in das ökonomische und gesellschaftliche System ein.

Das Bild asiatischer Vorzeigemigration ist ein komplexer Mythos. Der Schüler Thai Son Ngo berichtet davon, dass gute Schulnoten das Prestige seiner Familie in der vietnamesisch-deutschen Gemeinschaft steigern.⁹ Darin kommt zum Ausdruck, dass der Mythos einerseits sehr wirkmächtig ist. Das zeigt sich zum Beispiel in der Erwartung von Bestnoten in zahlreichen asiatisch-deutschen Familien.

Auf der anderen Seite verweist der Experte für Asien Studien und Theologe Jonathan Y. Tan darauf, dass in den USA der Mythos zwar auf einige wenige zutrefte, aber dadurch die zahlreichen Lebensrealitäten in Armut sowie systematische Ausschlüsse von politischer und gesellschaftlicher Teilhabe, Diskriminierungen und Rassismen überdeckt werden. Zudem werden für Schwierigkeiten im Integrationsprozess mit Verweis auf die entsprechenden Vorbilder die Migrant:innen selbst verantwortlich gemacht und nicht die dominierende Gesellschaft.¹⁰ Diese Beobachtung trifft auch auf Deutschland zu.

Hier kann nur ein erster Impuls gegeben werden für eine intensive Auseinandersetzung mit antiasiatischem Rassismus, der sich in unserer Gesellschaft jahrzehntelang etabliert hat. Antiasiatische Rassismen sind vielseitig und komplex. Sie weisen Verbindungen zu anderen Formen von Rassismen auf und haben zugleich ein ganz eigenes Profil.

Handlungsempfehlungen

Wir können gemeinsam gegen antiasiatischen Rassismus aktiv werden. Der erste Schritt ist eine Sensibilisierung. Dabei können diese Leitfragen helfen:

- *Wo erlebe/sehe ich in meinem Umfeld antiasiatischen Rassismus?*
- *An welchen Stellen habe ich asiatische Stereotype und Rassismen bewusst oder unbewusst benutzt?*
- *Und höre ich den Betroffenen zu bzw. lese ich bewusst ihre Erfahrungsberichte?*

Im zweiten Schritt geht es um unseren Sprachgebrauch. Ich wünsche mir als asiatisch gelesene Frau, dass es eine differenziertere und sensiblere Sprache gibt. Denn zum Beispiel nicht alle asiatisch gelesenen Menschen identifizieren sich auch als asiatisch. Unsere Lebensrealitäten sind plural und dieses Wissen erwarte ich von meinem Gegenüber. Der dritte Schritt ist die aktive Solidarität und Handlung. Wir können zum Beispiel in den sozialen Medien aktiv durch Kommentare und Likes unser Nein zu antiasiatischen Rassismen aussprechen.

Am wichtigsten ist, dass wir anfangen, antiasiatischen Rassismus als ernstes gesellschaftliches Problem wahrzunehmen.

Endnoten

- 1 Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2020): Diskriminierungserfahrungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise. Verfügbar unter: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/Dokumente_ohne_anzeige_in_Publicationen/20200504_Infopapier_zu_Coronakrise.pdf?__blob=publicationFile&v=1
- 2 koriantation e.V. (2021): Rassismus in der COVID-19-Berichterstattung. Verfügbar unter: <https://www.koriantation.de/medienkritik/corona-rassismus-medien/>
- 3 koriantation e.V. (2021): Rassismus in der COVID-19-Berichterstattung. Verfügbar unter: <https://www.koriantation.de/medienkritik/corona-rassismus-medien/>
- 4 Nguyen, Thi Minh Huyen (2021): Anti-asiatischer Rassismus: Was hat das Attentat in Atlanta mit Deutschland zu tun? Verfügbar unter: <https://heimatkunde.boell.de/de/2021/04/01/anti-asiatischer-rassismus-atlanta-attentat-deutschland>
- 5 Suda, Kimiko; Mayer, Sabrina J.; Nguyen, Christoph (2020): Antiasiatischer Rassismus in Deutschland. In: Politik und Zeitgeschichte 70, S. 39–44
- 6 Suda, Kimiko; Schindler, Sina; Kim, Jee-Un (2021): Emerging Asian Germany. Zur Notwendigkeit und den Grenzen der Selbstrepräsentation von Asiatischen Deutschen. In: Ha, Kien Nkien (Hrsg.): Asiatische Deutsche Extended. Vietnamesische Diaspora and Beyond. Hamburg, S. 352–363, 453
- 7 Ha, Kein Nghi (2014): Asiatische Diaspora in Deutschland. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Asian Germany – Asiatische Diaspora in Deutschland. Verfügbar unter: <http://heimatkunde.boell.de/dossier-asian-germany>, S. 7–13
- 8 Thomas, Joachim; Al-Dawaf, Nadja; Weissman, Regina (2016): How Does Experiencing Different Cultural Contexts Influence Identity Development? In: Kazzazi, Kerstin; u. a. (Hrsg.): Migration – Religion – Identität. Aspekte transkultureller Prozesse. Wiesbaden, S. 211–228
- 9 Beth, Uta; Tuckermann, Anja (2008): „Heimat ist da, wo man verstanden wird“. Junge VietnamesInnen in Deutschland. Berlin, S. 65
- 10 Tan, Jonathan Y. (2008): Introducing Asian American theologies. Maryknoll (N.Y.), S. 36–39

Die Autorin

Alena Höfer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Interkulturelle Theologie und Körperlichkeit von Prof. Dr. Claudia Janel an der evangelisch-theologischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum. Sie promoviert über Transkulturelle Christologien am Beispiel von Korean Americans. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind in Auswahl: Theologische Rassismuskritik, Transkulturelle Theologien und Theologien der zweiten Generationen.

Diaspora Organisationen und deutsche Entwicklungszusammenarbeit

Interview von Hannah Wolf mit Emmalyn Liwag-Kotte

Diaspora Organisationen spielen in der Entwicklungszusammenarbeit seit Jahrzehnten eine wichtige Rolle. Sie unterstützen notleidende Menschen und soziale Initiativen in ihren Herkunftsländern. Gleichzeitig empowern sie Migrant:innen in Deutschland. Ein Gespräch über Erfolge und Herausforderungen mit Emmalyn Liwag-Kotte, die die Organisation PhilNetz – Philippinisches Diaspora Netzwerk für Integration und Entwicklungszusammenarbeit e. V. leitet.

PhilNetz hat sich vor 10 Jahren 2011 gegründet. Wie ist es dazu gekommen?

PhilNetz wurde 2007 zunächst als informelles soziales Netzwerk im Internet gegründet und diente als Plattform, auf der sich Filipinos und Filipinas in Deutschland treffen, Erfahrungen teilen und Informationen über ihre jeweiligen Organisationen und Aktivitäten austauschen konnten.

Zusammen mit anderen Migrant:innen mit philippinischem Hintergrund nahmen einige Mitglieder dieser Gruppe an der *Ökumenischen Philippinenkonferenz (ÖPK)* in Eisenach im Oktober 2010 teil. Hier wurde die Rolle der philippinischen Migrant:innen in Deutschland bei der Einführung einer nachhaltigen Entwicklungspolitik und positiver sozialer Veränderungen in den Philippinen diskutiert.

Damals sahen wir das enorme Potenzial der verschiedenen philippinischen Organisationen in Deutschland, als *Agents of Change* für unser Herkunftsland zu wirken. Wir sahen die Möglichkeit, unserer Stimme Gehör zu verschaffen und schließlich zur Gestaltung einer gerechten und nachhaltigen Entwicklungspolitik in den Philippinen beizutragen.

Aber wir sahen auch den Mangel an Einheit und Koordination unter den hier bestehenden Organisationen. Wir wollten

das Engagement der philippinischen Diaspora durch den Aufbau eines starken Netzwerks von Organisationen stärken, damit wir effektiver zusammenarbeiten können. Außerdem waren wir der Meinung, dass wir für die von uns geplanten Aktivitäten eine eingetragene Organisation benötigen.

Der Verein *PHILNETZ* wurde am 21. September 2011 in Bonn gegründet.

Uns war es wichtig, sicherzustellen, dass die Leitung und Steuerung in unseren Händen liegt. Aus diesem Grund haben wir uns erst seit 2015 für deutschstämmige Mitglieder geöffnet. Der Vorstand ist jedoch ausschließlich aus philippinischen Migrant:innen zusammengesetzt.

Welche Gründe gab es, dass ihr euch mit bestehenden Organisationen nicht identifizieren konntet bzw. eure eigene Organisation gegründet habt?

Die bestehenden Diaspora-Organisationen von Filipinos und Filipinas in Deutschland konzentrieren sich eher auf karitative, religiöse und kulturelle Aktivitäten. Sie tragen dazu bei, das Leben der Menschen in den Philippinen durch ihre kollektiven finanziellen Überweisungen kurzfristig zu verbessern. Aber wir glauben, dass wir mehr brauchen als wohltätige Aktivitäten oder palliative Lösungen, um langfristige strukturelle Veränderungen zu erreichen.

Unsere Vision ist ein Netzwerk, das gemeinsam mit deutschen und philippinischen Organisationen als *Agents of Change* in Deutschland und in den Philippinen wirksam agieren und durch Dialog und koordinierte Aktivitäten zur Gestaltung einer gerechten und nachhaltigen Entwicklungspolitik langfristig beitragen kann.

Gemäß unserer Satzung fördern, unterstützen und organisieren wir Vorhaben der Kultur, Bildung, Politik und Entwicklungspolitik in Deutschland und in den Philippinen.



PHILNETZ organisiert Veranstaltungen und Weiterbildungen. (Foto: PHILNETZ)

Nach gut zehn Jahren Arbeit eures Vereins, wo steht ihr heute?

In Anbetracht unserer begrenzten Ressourcen und der Aktivitäten, die vollständig von der ehrenamtlichen Arbeit der Mitglieder abhängen, würde ich sagen, dass wir in den letzten Jahren nicht schlecht abgeschnitten haben, was die Annäherung an unsere Ziele angeht.

Wir vernetzen uns mit den verschiedenen philippinischen Vereinen in Deutschland und anderen deutschsprachigen Ländern über soziale Medien – wir informieren uns gegenseitig über unsere jeweiligen Aktivitäten, Veranstaltungen und wichtige soziale und politische Entwicklungen in den Philippinen und hier in Europa.

In den vergangenen Jahren haben wir Bildungsaktivitäten zusammen mit der philippinischen NGO *ATIKHA Overseas Workers and Communities Initiative Inc.*, *Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM)* und anderen deutschen Partnerorganisationen durchgeführt. Für einige dieser Projekte haben wir Finanzmittel von staatlichen Fördereinrichtungen erhalten.

Eine Reihe von philippinischen Diaspora-Organisationen in Hamburg, Berlin, Köln und anderen Städten sind unsere Partner bei der Durchführung von Bildungsprojekten geworden. In vielen Fällen war unser eingetragener Status nützlich, um Spendenkampagnen zu starten – zusammen mit anderen Diaspora-Organisationen konnten wir Gemeinden in den Philippinen unterstützen, die von Naturkatastrophen wie Taifunen und Erdbeben betroffen waren. Es erwies sich auch als nützlich bei einer Spendenkampagne für die von Covid betroffenen *Frontliners* und Gemeinden in den Philippinen.

Einige unserer Mitglieder haben an politischen Diskussionen teilgenommen, die von Organisationen wie dem *UN High Level Dialogue on Migration and Development (UNHLD)* und dem *Global Forum on Migration and Development (GFMD)*

initiiert wurden, oder haben an Weiterbildungen teilgenommen, die von *Engagement Global* organisiert wurden. Unsere Kompetenz beim Verfassen von Projektvorschlägen und bei der Projektdurchführung hat sich verbessert.

Die Kapazität unserer Mitglieder für unbezahlte ehrenamtliche Arbeit ist jedoch begrenzt. Mitglieder, die über das notwendige Fachwissen verfügen und bereit sind, an langfristigen Plänen zur Verwirklichung unserer Vision zu arbeiten, haben berufliche Verpflichtungen und sind daher in ihrer ehrenamtlichen Arbeit eingeschränkt. Ohne bezahlte Mitarbeiter:innen sind langfristige Pläne nur schwer umzusetzen.

Immer wieder heißt es **Migrantinnen und Migranten sind wichtige Akteur:innen für die Entwicklung ihrer Herkunfts- und ihrer Aufnahmeländer. In den vergangenen Jahren haben einige etablierte entwicklungspolitische Organisationen und Strukturen ihren Blick für das Engagement von diasporischen Organisationen erweitert. Das Bundesministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ), die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), das Centrum für internationale Migration (CIM), Engagement Global gGmbH und zivilgesellschaftliche Landesnetzwerke erkennen Migrant:innen als wichtige Akteur:innen in der entwicklungspolitischen Inlands- und Auslandsarbeit an. Ein Erfolg insbesondere von migrantischen Akteur:innen, die sich über Jahre für mehr Partizipation und Teilhabe eingesetzt haben. Dennoch scheinen diasporische Organisationen in Netzwerken der entwicklungspolitischen NGO Landschaft nach wie vor oftmals unterrepräsentiert zu sein. Werdet ihr als gleichberechtigte Partner:innen im ‚Entwicklungsdiskurs‘ und in Kooperationen in Deutschland anerkannt?**

Ich sehe Versuche, Mitglieder der Diaspora-Gemeinschaft in Meinungsumfragen, Foren und Diskussionen einzubeziehen. Ich habe an Veranstaltungen teilgenommen, bei denen ich Vertreter:innen von Diaspora-Organisationen aus anderen Ländern und Kontinenten treffen und mit ihnen

diskutieren konnte. Die Teilnahme an diesen Veranstaltungen war mir jedoch nur aufgrund meiner persönlichen finanziellen Unabhängigkeit möglich. Ohne das Privileg von Zeit und Ressourcen wäre ich nicht in der Lage gewesen, meine Organisation bei solchen Aktivitäten zu vertreten. Eine wirksame und nachhaltige Arbeit in der Diaspora-Gemeinschaft wird niemals gewährleistet sein, wenn Organisationen wie *PhilNetz* keine langfristige strukturelle Unterstützung von den oben genannten staatlichen Stellen erhalten. Langfristige Visionen müssen mit alltäglichen Aktivitäten unterstützt werden – Planung und Organisation von Projekten, die für *Networking* notwendig sind, Bildungsveranstaltungen, Schulungen und Integrationsmaßnahmen. Dafür werden Mittel, Zeit und qualifiziertes Personal benötigt.

Was heißt es, als gleichberechtigter Partner im ‚Entwicklungsdiskurs‘ anerkannt zu werden? Reicht es aus, nach deiner Meinung oder Expertise gefragt zu werden?

Nehmen wir an, du bist eine philippinische Frau, die acht Stunden am Tag und fünf Tage die Woche arbeitet. Du siehst die Notwendigkeit, also stellst du deine Ressourcen zur Verfügung, um einen Verein für deine Landsleute zu gründen. An den Wochenenden arbeitest du ehrenamtlich

für deine Organisation. Trotz sprachlicher Einschränkungen gelingt es dir, einen Projektvorschlag für eine Bildungsveranstaltung zu schreiben. Er kann nur genehmigt werden, wenn deine Organisation in der Lage ist, einen bestimmten Betrag an Eigenmitteln aufzubringen. Die Einladung von Teilnehmer:innen zu dieser Veranstaltung würde wiederum Zeit und Ressourcen erfordern. Dazu müsstest du die Teilnehmer:innen persönlich treffen, an ihren Versammlungen teilnehmen, Orte aufsuchen, an denen sie sich aufhalten.

Durch dein Engagement und deine ehrenamtliche Arbeit erwirbst du dein Fachwissen im Bereich Entwicklungsarbeit unter Diaspora-Organisationen. Dafür sind viel Zeit, Geld und eine Menge Arbeit erforderlich. Wie werden diese gewürdigt?!

Wie du beschrieben hast, arbeiten *PhilNetz* sowie ein Großteil der migrantischen Organisationen ehrenamtlich und mit hohem persönlichen und auch finanziellem Einsatz. Was würdet ihr euch diesbezüglich wünschen?

Die Beteiligung unserer Mitglieder ist aufgrund ihrer beruflichen Verpflichtungen und existenziellen Sorgen begrenzt. Wir können nur Mittel für die Durchführung

Mitglieder von *PHILNETZ* bei der Mitgliederversammlung 2021 in Bad Honnef. (Foto: *PHILNETZ*)



kleinerer, kurzfristiger Projekte akquirieren und erhalten keine Mittel, um die Gehälter von Mitarbeiter:innen zu bezahlen.

Langfristige Finanzierung von Bildungsprojekten und bezahlten Arbeitskräften würde uns helfen, unsere Vision zu verwirklichen.

Nimmst du eine Konkurrenz um Fördermittel zwischen diasporischen Organisationen und weiß dominierten Gruppen oder Organisationen wahr? Wie wirkt sich das aus?

In gewisser Weise, ja. In erster Linie haben *weiße Organisationen* bezahlte Mitarbeiter:innen, deren Hauptaufgabe es ist, Gelder zu akquirieren. Sie haben das Know-how und sind mit dem deutschen bürokratischen System besser vertraut.

Abgesehen von den begrenzten Sprachkenntnissen der meisten Migrant:innen meiner Generation fehlt es uns auch an Wissen über viele deutsche Institutionen, die möglicherweise Mittel für unsere Aktivitäten zur Verfügung stellen können. Es werden auch kaum Mittel für Inlandsprojekte zur Verfügung gestellt, die Diaspora-Organisationen benötigen würden, um Bildungs- und politische Aktivitäten durchzuführen.

Im Jahresseminar des philippinenbüros im Juni 2021 zu der Frage, wie sich Solidarität dekolonisieren lässt, hast du weiße Organisationen und Akteur:innen dazu aufgefordert, die Diaspora stärker mit einzubeziehen. Was meinst du genau damit?

Ich dachte an Diaspora-Organisationen wie *PhilNetz*, die sich mit Menschenrechten, Entwicklungspolitik und Bildungsaktivitäten beschäftigen. Viele der Aktivitäten, die sie durchführen, unterstützen die Ziele bestimmter deutscher Organisationen wie das **philippinenbüro** und einige Hilfswerke, die sich auf die Entwicklungszusammenarbeit in Ländern wie den Philippinen konzentrieren. Außerdem arbeiten sie oft an denselben Themen: *good governance* in Herkunftsländern, mehr Respekt für Menschenrechte, bessere Lebensbedingungen, etc.

Viele dieser Diaspora-Organisationen haben Mitglieder, deren Know-how aus ihren Herkunftsländern sicherlich eine Bereicherung und Ergänzung für die deutschen Organisationen wäre.

Ich sehe, dass einige Organisationen wie das **philippinenbüro** sich schon bemühen, um Diaspora-Organisationen wie *PhilNetz* bei ihren Aktivitäten stärker mit einzubeziehen.

In den vergangenen Jahren haben wir häufig im Bereich der Menschenrechtsarbeit zusammengearbeitet. Wir haben uns gemeinsam gegen die Verabschiedung fragwürdiger

Gesetze wie das Anti-Terrorismus Gesetz unter Präsident Rodrigo Duterte und die Herabsetzung des Mindestalters für die Strafmündigkeit eingesetzt.

Aber es gibt definitiv mehr Raum für Verbesserungen bei größeren Entwicklungs- und Regierungsorganisationen und auch bei kirchlichen Institutionen.

Mehr Gelegenheiten zum Dialog würden sicherlich mehr Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit eröffnen.

Welche Forderungen richtest du oder richtet ihr bei *PhilNetz* an weiße entwicklungspolitische Organisationen? Habt ihr oder hast du konkrete Forderungen?

Ich würde mir wünschen, dass mehr Austausch zwischen den *weißen* entwicklungspolitischen Organisationen und Mitgliedern der verschiedenen philippinischen Diaspora-Organisationen möglich wäre.

Es reicht nicht aus, uns Geld für kurzfristige Projekte zu geben. Es ist auch wichtig, dass diejenigen, die uns als Partner:innen in Betracht ziehen, die Mechanismen kennen und verstehen, die unsere Organisationen funktionieren oder nicht funktionieren lassen, wenn sie wirklich eine nachhaltige Partnerschaft wollen. Was sind unsere Grenzen, warum gibt es sie, und wie können sie überwunden werden?

Ich würde gerne wissen, wie wir insbesondere mit dem kirchlichen Sektor besser kooperieren könnten, da viele philippinische Migrant:innen einen kirchlichen Hintergrund haben. Oftmals fehlt uns das gegenseitige Hintergrundwissen über die Strukturen und Möglichkeiten. Auch kirchliche Institutionen scheinen uns nicht zu kennen. Wir arbeiten aber zu ähnlichen Themen. Wir würden sie gerne besser kennenlernen und sie zur Kooperation einladen.

Zur Person

Die Interviewpartnerin Emmalyn Liwag-Kotte ist freie Journalistin und lebt in Deutschland. Seit 10 Jahren ist sie im Vorstand des Vereins aktiv und seit 2018 Vorstandsvorsitzende von *PhilNetz – Philippinisches Diaspora Netzwerk für Integration und Entwicklungszusammenarbeit e. V.*

Die Autorin

Das Interview führte Hannah Wolf. Sie arbeitet als stellv. Geschäftsführung und Bildungsreferentin im **philippinenbüro e. V.** und für das *Aktionsbündnis Menschenrechte-Philippinen*.

Eindrücke vom 9. Asientag

am 13. November 2021

KOREAVERBAND

Stiftung Asienhaus

philippinenbüro e.V.

ASIEN TAG

13. November 2021
Online

Jetzt anmelden!

Zivilgesellschaft
Rassismus
Entwicklung
Eurozentrismus
Gleichberechtigung
Gerechtigkeit
(Post)kolonialismus
Machthierarchien
Critical Whiteness
Dekoloniale Bewegung
Medienbilder

Menschenrechte
Bewegungen
Wissensstand
Zusammenarbeit
Hierarchien

Solidarität
Religion
Indien
Gender
Myanmar
Korea
Unabhängigkeit
Philippinen
Identität
West Papua
Konflikt

Entwicklungs Zusammenarbeit
Flucht
Thailand
China

Wir bedanken uns für die freundliche Unterstützung bei Engagement Global im Auftrag des

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

MISEREOR
DIE HILFSWERK

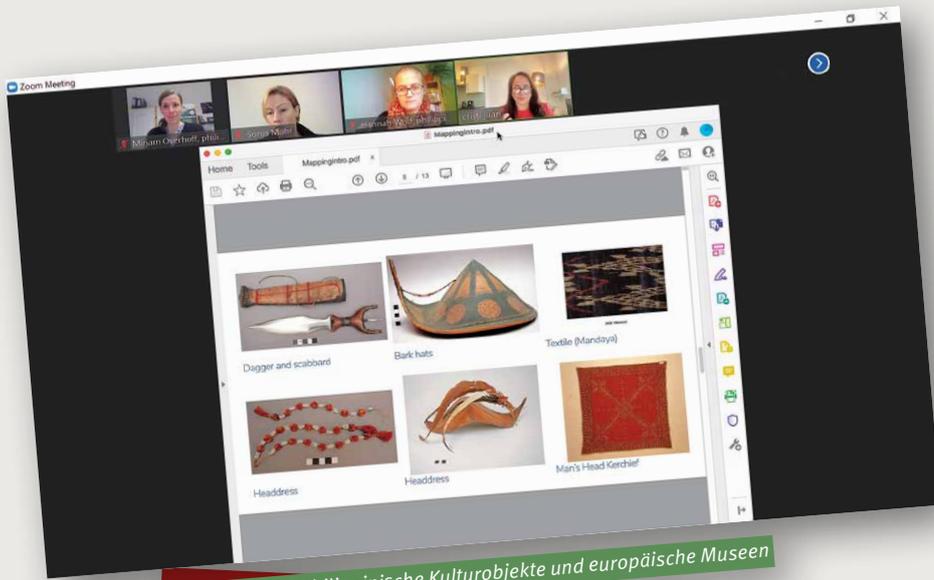
Gefördert durch: Brot für die Welt mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes

Stadt Köln

DECOLONISATION MEANS ...?

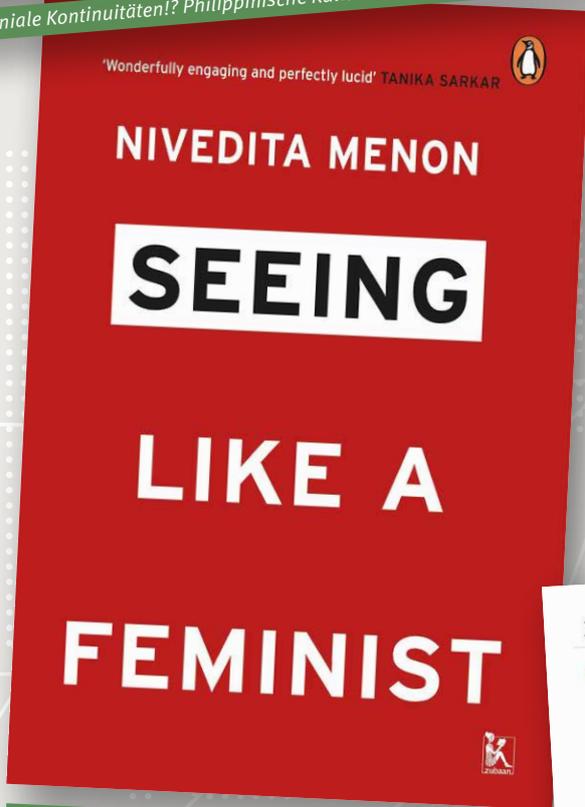
- ... avoiding ethnocentric assumptions
ethnozentrische Voreingenommenheiten vermeiden
- ... being sensitive to identities and worldviews
sich für Identitäten und Weltanschauungen sensibilisieren
- ... recognising the asymmetries of power
Machtungleichheiten erkennen
- ... thinking reflexively
reflektierend denkend
- ... disrupting power arrangements
Machtverhältnisse durchbrechen
- ... transforming charity into solidarity
Wohltätigkeit in Solidarität verwandeln

@ Keynote von Eric Gutierrez „Dekolonisierung und der lange Weg von Wohltätigkeit zu Solidarität“



@ Koloniale Kontinuitäten!? Philippinische Kulturobjekte und europäische Museen

»In 1906, when the Rautenstrauch-Joest-Museum was opened, the focus was on the categorization of people. The staircase from floor to floor was like walking along the evolutionary line: on the lowest floor were Aborigines, on the higher floors the South-East Asians and Europeans.«



@ Indigener, postkolonialer und digitaler Feminismus

»Ich hoffe inständig, dass immer mehr Frauen ihre Stimme erheben und ihr Recht auf ein gleichberechtigtes Leben mit ihrem Ehemann, ihrem Bruder und Männern bekräftigen. Sowohl im Online- als auch im Offline-Bereich, einfach weil dieses Geschlecht, das einen großen Teil der Gesellschaft ausmacht, es auch verdient.«

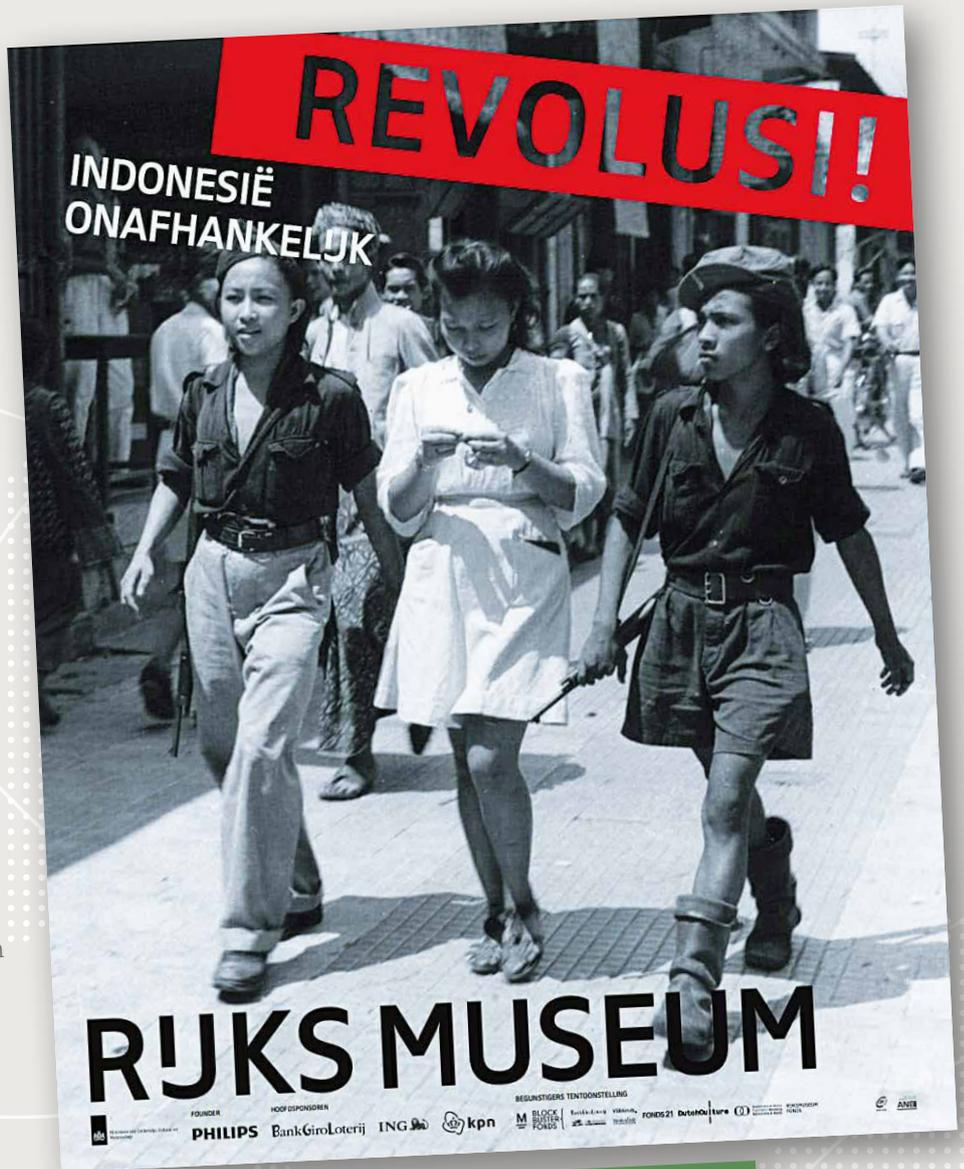


»Wir haben ein negatives Chinabild, was zum einen daher rührt, dass die politische Situation sich hier tatsächlich ganz krass verdüstert hat in den letzten Jahren, und zum anderen haben wir es hier mit einem massiven Ressourcenschwund seitens der westlichen Medien zu tun, was nun mal dazu führt, dass wir uns zwangsläufig, und das liegt in der Natur der Sache, auf die aller wichtigsten Themen konzentrieren müssen und das sind in der Regel einfach negative Nachrichten.«

© korientation e. V.

»Wir müssen unseren Erkenntnisrahmen dekolonisieren. Viele Museen in Südostasien wurden von Kolonialmächten eingerichtet. Die Art und Weise, wie diese Museen aufgebaut sind, basiert auf kolonialen Prinzipien.«

Bonnie Triyana kuratiert zusammen mit einem indonesisch-niederländischen Kuratori:innen-Team die Ausstellung ‚REVOLUSI! Indonesia Independent‘ im Rijksmuseum in Amsterdam. Die Ausstellung wird im Frühjahr 2022 eröffnet und erzählt mit Geschichten, historischen Objekten, Kunstwerken, Propagandaplakaten, Filmen und Fotos das leidenschaftliche Streben nach einem freien Indonesien nach einer langen Zeit der Kolonialherrschaft.



REVOLUSI!

INDONESIË
ONAFHANKELIJK

RIJKS MUSEUM

FOUNDER: **PHILIPS** HOOFFSPONSOREN: **BankGiroLoterij** **ING** **kpn** BEGUNSTIGERE TENTOONSTELLING: **MUSEUM DE WAAGENINGEN** **STADSGEMEINSCHAP AMSTERDAM** **FONDS 21** **duurzaam** **culture** **AMSTERDAM** **AMSTERDAM** **AMSTERDAM**

@ Institutionen und ihr koloniales Erbe – über das Aushandeln von Erinnerung



© Henry Myrtingen

»Die Militärdiktatur muss fallen!«



@ Myanmar und Thailand: Protestbewegung, Repression und Solidarität

» Am Thema bleiben,
Interesse teilen,
Unterstützung zeigen «

DIE FRIEDENSSTATUE ZWISCHEN EUROZENTRISMUS UND (POST)MIGRATION

Vom „Stimme geben“ und „Solidarität leben“: zivilgesellschaftliches Engagement heute

Im Rahmen des 9. Asientags: Monolog oder Dialog? Perspektiven auf Entwicklung und Zusammenarbeit, Eurozentrismus und Solidarität



@ Vom „Stimme geben“ und „Solidarität leben“: zivilgesellschaftliches Engagement heute



© Korea Verband



← Dekoloniale Trübungen

Als Filipina, die in den Vereinigten Staaten geboren und aufgewachsen ist, hielt ich es für wichtig, mich mit einem US-amerikanischen Archiv zu beschäftigen, insbesondere mit Bildern, die sich in der Library of Congress befinden. Ich beschloss, Zeichnungen anzufertigen, um eine Intimität mit den fotografischen Bildern aufzubauen und zu versuchen, Zugang zum Inneren der Figuren zu erhalten. Gleichzeitig war diese Erkundung eine Übung in dekolonialer Praxis, um dem Einfluss des kolonialen Archivs zu widerstehen.

Als ausgebildete Analogfotografin beschloss ich, meine Beziehung zu den Materialien und Werkzeugen für dieses Projekt zu überdenken und mehr über die Materialität der Filmfotografie nachzudenken. Ich erinnere mich, dass mir im Archiv phantomartige Gestalten im Hintergrund einiger Bilder aufgefallen

sind, bei denen eine unsachgemäße Filmbelichtung offensichtlich war. Bei zu dunklen oder schattigen Fotos ist das ein Zeichen dafür, dass das Filmnegativ unterbelichtet und dadurch dünn war. Umgekehrt ist ein zu helles Foto ein Zeichen dafür, dass der Film überbelichtet oder überentwickelt wurde, so dass er zu dicht ist. Da Fotografie bedeutet, mit Licht zu schreiben, interessierte ich mich mehr für das Filmnegativ - seine Funktion, Materialität und Dichte - als ein Ort, an dem ich über die Spuren im kolonialen Archiv nachdenken konnte.

Ich habe versucht, den negativen Raum in den Archivfotos zu dimensionalisieren. Als Teil einer Minderheit in den Vereinigten Staaten erkenne ich dies als mein eigenes „doppeltes Bewusstsein“, wie W.E.B. Dubois es beschreiben würde, oder meinen inneren Konflikt, „mich immer durch die Augen der weißen Gesellschaft zu betrachten“. Ich wollte diesen inne-

NegativeSpace – Abmessung 2021 (© Lizza May David)

→ Negative Space

Anlass war meine Verweigerung der Repräsentation im Umgang mit diesen Fotografien. Ich richte stattdessen meinen Blick auf das architektonische Umfeld, indem diese Fotografien aufbewahrt und für uns zugänglich wurde. Lässt sich durch diese Offenlegung der Strukturen Machtkritik ausüben?

Die Maße der Malerei ist den Aufbewahrungsboxen des Archivs in situ entlehnt. Die dabei entstehende Fläche nutze ich als Membran, um intuitive Momente, die sich während der Auseinandersetzung mit diesen Fotografien zeigen in farbliche Verdichtungen zu übersetzen: Dunkelrot für Wut, Silber für Verweigerung oder Dunkelblau für Melancholie. Können wir die Leinwand als etwas Widerständiges zu verstehen, auf dem sich das Private als gleichzeitig Politische formuliert? Erfasst sie diesen Moment in dem sich das Subjekt gleichzeitig als Gemeinschaftskörper empfindet? Erfasst sie diesen Moment, in dem das Gefühl für Verantwortung sich in Kameradschaft verbindet?

Lizza May David



ren Konflikt beim Betrachten dieser Archivbilder darstellen, als Filipina, die sich Bilder von Filipin@s ansieht, die sich vielleicht gegen die Besetzung durch das Land gewehrt haben, das ich jetzt meine Heimat nenne.

Die Verwendung dieser Materialien verlangte mehr Körperlichkeit, um Schichten aus weißem Wachs zu bilden, um die Zeichnung zu komponieren - den Schleier zu bilden, durch den ich meine eigene Geschichte sehe. Wenn ich darüber nachdenke, sehe ich in dieser Zeit, in der ich in New York City den Anstieg der vorurteilsbehafteten Angriffe gegen Asiat:innen miterlebt habe, wie die Unsichtbarkeit der Asiat:innen in der Vorstellung der US-Amerikaner:innen weiter besteht. Dabei obliegt es nicht nur uns als Beobachter:innen, unsere Protagonist:innen vollständig zu sehen, sondern auch unsere eigenen blinden Flecken zu erkennen.

→ Tagalog Women

»Gibt es eine Erlösung in diesen Fotos? Würde ich lügen, wenn ich zustimme, dass diese Fotografien – die als Instrumente zur Unterdrückung und Herabsetzung benutzt wurden – in Werkzeuge zur Selbstermächtigung umgewandelt werden können?«

»Wenn wir verstehen, dass diese Fotografien gewaltsam entstanden und in Gewalt eingebettet sind, warum lassen wir sie nicht weiter ungestört in ihren Kisten und Holzverschlagen schlummern, verschlossen hinter und unter den Stahltores eines Lagerhauses?«

»Ich habe die helle Kleidung der philippinischen Frauen mit schwarzer Tinte übermalt. Ich wollte damit Trauer ausdrücken – aber war Schwarz nicht auch schon damals eine Farbe des Widerstands?«

Jaclyn Reyes

Kiri Dalena



NegativeSpace – Wut-Rot 2021, Fotomontage (© Lizza May David)



Die Künstlerinnen

Kiri Dalena ist eine in den Philippinen geborene und dort wirkende preisgekrönte Künstlerin und Menschenrechtsaktivistin. Sie studierte Human Ecology an der Universität der Philippinen und 16mm Documentary Film Making am Mowelfund Film Institut in Quezon City.

Lizza May David wurde in den Philippinen geboren, lebt und arbeitet jedoch in Berlin. Sie studierte Bildende Kunst und Medienkunst an der École Nationale Supérieure des Beaux-Arts de Lyon, der Akademie der Bildenden Künste Nürnberg und der Universität der Künste Berlin.

Jaclyn Reyes, geboren in Los Angeles, lebt als visuelle, performende und lehrende Künstlerin und Designerin in New York. Sie studierte Studio Art und Photographie an der California State Universität in Long Beach, der Syracuse Universität und Art in Education an der Harvard Universität.

Über diese Publikation

Die Machthierarchien in Entwicklung und Zusammenarbeit haben ihre Wurzeln in der ‚zivilisatorischen‘ Mission der Kolonialzeit, welche bereits seit dem ersten Auftreten von Aktivist:innen und dekolonialen Bewegungen kritisiert wird. Seit Jahrhunderten verfolgt der Globale Norden seine ganz eigenen Interessen durch Entwicklungszusammenarbeit. Auch die entwicklungspolitische Arbeit von deutschen Nichtregierungsorganisationen zu den Ländern Asiens ist von der kolonialen Vergangenheit, den Widerstands- und Befreiungskämpfen der Gesellschaften Asiens sowie der Kontinuität politischer und wirtschaftlicher Dominanzstrukturen in der post-kolonialen Gegenwart geprägt. Lange schon streben Nichtregierungsorganisationen und andere Akteur:innen der staatlichen und nicht-staatlichen Entwicklungszusammenarbeit nach mehr Gleichberechtigung, nach einer Kommunikation und Kooperation auf Augenhöhe. Ein grundsätzlicher Wandel blieb jedoch bisher aus.

Die Stiftung Asienhaus und das **philippinenbüro** e. V. haben in der Broschüre „Monolog oder Dialog? Perspektiven auf Entwicklung und Zusammenarbeit, Eurozentrismus und Solidarität“ Länderperspektiven aus Asien und Europa zusammentragen: Wir wollen zu einem kritischen Blick auf die eigene ‚entwicklungspolitische‘ Position einladen, um eurozentristische Perspektiven zu reflektieren und Machtverhältnisse aufzubrechen.

Über die Herausgeber:innen

Die **Stiftung Asienhaus** folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Das **philippinenbüro** e. V. ist ein unabhängiges, soziopolitisches Informationszentrum. Unsere Aufgabe ist es, Interessierten aktuelle gesellschafts und entwicklungspolitische Hintergründe und Zusammenhänge zu den Philippinen aufzuzeigen. Neben der Informations und Bildungsarbeit zu aktuellen Entwicklungen in den Philippinen, vermittelt das Büro Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Akteur:innen in die Philippinen.